



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

152 (31.3.1908) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-333064](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-333064)

General-Anzeiger



Abonnement

70 Pfennig monatlich,
Einzeltitel 25 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag Nr. 2.48 pro Quartal,
Einzeltitel 8 Pf.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:

Die Colonien-Zeile . . . 25 Pf.
Kurzweilige Inserate . . . 30 „
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Gelesenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Akademie für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 152.

Dienstag, 31. März 1908.

(Mittagsbl.-tt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst
12 Seiten.

Das neue Scheckgesetz.

Von Universitätsprofessor Dr. jur. S. Rühlens bed
in Kaufmanne.

Unverwartet schnell hat der Scheckgesetz-Entwurf, nachdem das Bedürfnis eines Scheckgesetzes länger als anderthalb Jahrzehnte angezweifelt worden war, in der ihm vom Bundesrat im Januar d. J. gegebenen Fassung seine gesetzliche Sanction erlangt. Schon am 1. April d. J. tritt es in Kraft. Ihre Erklärung findet diese ungewöhnliche Eile in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Reichs, in der Geldknappheit. Möge nur der 1. April für die Handlungen, die sich offenbar an dieses Gesetz anknüpfen, — bekanntlich ist er ein etwas schelmischer Datum —, nicht ominös sein! Gewiß kann der Scheckverkehr, über dessen von uns bereits früher in der bekannten Zeitschrift für allgemeine Rechtskunde „Gesetz und Recht“ (der auch die vorliegende Darstellung mit Genehmigung entnommen ist) geschilderten privaten und volkswirtschaftlichen Vorteile alle Einsichtigen einig sind, durch das Gesetz allein nicht großgezogen werden. Vielleicht trägt übrigens auch die Bekanntmachung des Gesetzes selbst und die dadurch auf die Vorteile des Scheckverkehrs gelenkte Aufmerksamkeit weiterer Kreise dazu bei, daß auch solche Personen sich mit demselben praktisch vertraut machen, die bisher noch keinen Gebrauch davon gemacht haben. Jedenfalls kann dieses Gesetz sich des seltenen Vorzugs rühmen, daß alle Parteien des Reichstags ohne Ausnahme ihm seine Zustimmung gegeben haben.

Der Borentwurf hat übrigens in der Bundesratsvorlage, die jetzt so ohne alle Geburtswehen Gesetz geworden ist, noch einige sehr erhebliche Mängel, und man darf unbedingt zugeben, Besserungen erhalten. Vor allem ist, um damit eine kurze Inhaltsangabe des ebenso kurzen wie technisch durchsichtigen Gesetzes zu beginnen, der Inhalt des Gesetzes beschränkt worden auf den Scheck selbst und die aus ihm als aus einer dem Zahlungsgeschäft dienenden Urkunde unmittelbar entspringenden Rechtsfolgen.

Der Scheck des deutschen Rechts hat nunmehr zweifellos den bereits durch das Wechselstempelsteuergesetz in dessen Begriffsdefinition ihm beigelegten Charakter einer Anweisung auf das Guthaben des Ausstellers, bei dem die Zahlungen desselben besorgenden Banke oder Geldinstitute gewahrt. Als eine sonderbarlich geregelte, besonders qualifizierte Anweisung ist freilich dadurch unser deutscher Scheck dem Wechsel d. h. der Tratte nahe verwandt geworden, und steht durch Beschränkung der passiven Scheckfähigkeit (§ 2 des Gesetzes) dem englischen Scheck am nächsten, der ja von den Engländern direkt als ein auf einen Bankier gezogener Sichtwechsel definiert wird.

Aber zwischen einem Wechsel und einem Scheck besteht ein auffender Unterschied des wirtschaftlichen Zwecks. Der moderne Wechsel, der die ihm ursprünglich eigentümliche

Natur eines Distanzwechsels wie eine Eierschale abgestreift hat, ist in der Hauptsache ein Kreditinstrument geworden und dient mehr der Ueberwindung zeitlicher, als räumlicher Schwierigkeiten. Der Scheck dagegen soll ausschließlich den Umlauf des Geldes vereinfachen und beschleunigen. Und diesen wirtschaftlichen Zweck zu sichern und vor Mißbrauch zu wechselseitigen Kreditoperationen zu schützen, ist der Hauptzweck des Gesetzes. Und dieser Zweck bildet in Bestätigung der überlänglichen Rechtsphilosophie (Zweck im Recht) daher auch den eigentlichen Schlüssel zu seinem Verständnis.

Daher ist vor allem — Hauptunterschied vom Wechsel — eine Annahmeerklärung (Akzept) auf einem Scheck wirkungslos, gilt „als nicht geschrieben“. (§ 10). Diesem Zweck dient sodann die sorgfältig zu beachtende Vorlegungsfrist, die das Gesetz für den reinen Inlandscheck d. h. für den im Inland ausgestellten und zahlbaren auf zehn Tage festsetzt. Für Inland-Auslandschecks sind den Entfernungen sich anpassende besondere Vorlegungsfristen durch Bundesratsverordnung bestimmt.

Vor Ablauf dieser Vorlegungsfrist ist der Scheck unwiderruflich. Allerdings verpflichtet diese Unwiderruflichkeit den Aussteller nur dem Scheckinhaber gegenüber. Letzterer hat aber das größte Interesse an der Unwiderruflichkeit während der Vorlegungsfrist. Denn wenn er den Scheck dem Bezogenen nicht innerhalb derselben zur Einlösung vorlegt, so verliert er im Falle einer Zahlungszweigerung alle Rechte aus dem Scheck selber. Freilich hat er darum noch nicht die der Scheckbegebung zu Grunde liegende Forderung eingebüßt. Denn auch von der Scheckbegebung gilt, da der Scheck „Anweisung“ ist, die Rechtsvermutung „Anweisung ist keine Zahlung“. Allein er verliert jedenfalls den bequemeren und sichereren Weg des Regresses aus der Scheckurkunde, durch dessen Einführung eben das Gesetz dem Scheck seine Zirkulationsfähigkeit gesichert hat. Dieser Regress ist durchaus demjenigen des Wechselrechts nachgebildet, auf das daher unser Gesetz in den einschlägigen Paragraphen einfach verweist. Er ist son. Sprungregress d. h. nach § 18 kann der Inhaber eines nicht eingelösten Schecks zwischen dem Aussteller und dem etwaigen Indossanten des Schecks beliebig wählen, sein volles Regressrecht entweder gegen einen oder mehrere unter den Regresspflichtigen oder gegen alle gleichzeitig auszuüben, auch von der Befolgung des gegen einen schon geltend gemachten Anspruchs absehen und gegen einen anderen Regress ergreifen.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 31. März 1908.

Bülow in Wien.

Als die Auffassung der beiderseitigen maßgebenden amtlichen Kreise über die Bedeutung und den Verlauf des Besuchs des Reichskanzlers in Wien ist folgende Mitteilung der Wiener Polit. Korz. zu betrachten: Der zweitägige Besuch des Fürsten Bülow in Wien, der seinem äußeren Anlaß nach die Erfüllung einer Pflicht freundschaftlicher Höflichkeit war, ist in mehr-

fachen Betracht als ein belangvolles Ereignis zu wärdigen. Die Erweiterung des Besuchs, den Fürst v. Lehrensthal dem deutschen Reichskanzler in Berlin abgestattet, wäre schon in einem früheren Zeitpunkt erfolgt, wenn nicht die Tätigkeit der Parlamente der beiden Reiche eine verzögernde Wirkung hierauf ausgeübt hätte. Es verdient ferner der Umstand Erwähnung, daß Fürst Bülow darauf Wert gelegt hat, seinen Gegenbesuch ohne Verknüpfung mit anderen Reiseplänen zum Gegenstand einer besonderen Fahrt nach Wien zu machen. Die öffentliche Meinung hat mit richtigem Verständnis erkannt, daß eine Beurteilung dieser neuerlichen Zusammenkunft, die sich auf den Rahmen des bezeichneten Anlasses beschränkte, eine unzulässige Unterschätzung bedeuten würde. Man mußte all-gemein den Eindruck empfangen, daß das Erscheinen des Reichskanzlers in Wien abermals die Innigkeit der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zur Anschauung bringt. Die unausgesetzte sorgfältige Pflege dieses Verhältnisses, eine gegenseitige Unterstützung, wie sie dem Geiste freundschaftlichen Vertrauens entspricht, und ein enges Zusammenwirken beider Mächte auf dem Boden internationaler Fragen sind zur Tradition geworden. Die Lebenskraft des Bündnisses hat sich bei den verschiedenartigen Gestaltungen der europäischen Fragen in politischer Weise gekümpft und seine weitreichenden unmittelbaren wie mittelbaren Wirkungen sind besonders in manchen internationalen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die unter der Beilegung aller Mächte stattgefunden haben, in markanter Weise wahrnehmbar geworden. Die Bestrebungen des Dreibundes, zu dem sich die Allianz der Zentralmächte entwickelt hat, waren seit der Entstehung dieser Mächtegruppe nie auf ein anderes Ziel gerichtet, als auf die Sicherung des europäischen Gleichgewichts und auf die Abwehr von Erschütterungen des Völkervertrages. Bei dem Gedankenaustrausch, der zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren gepflogen wurde, trat in den Vordergrund der gemeinsam zu verfolgenden Politik sowie der zu ihrer Verwirklichung anzuwendenden Mittel jene Harmonie aus, die das Bündnis der beiden Mächte seit seinem Beginn kennzeichnet. Es kann niemanden die Wichtigkeit des Umstandes entgehen, daß die beiden Staatsmänner eine Gelegenheit erhielten, auch die anregungsreichen internationalen Vorgänge der jüngsten Zeit und die Stellungnahme der beiden Mächte zu den zuletzt aufgeworfenen Fragen in den Kreis ihrer Besprechungen zu ziehen. Zu den Momenten, welche die Bedeutung der Begegnung erhöhen, gehören das vorausgehende Zusammenreffen des deutschen Kaisers mit dem König von Italien und die demnächst zu erwartende Reise des deutschen Reichskanzlers nach Rom. Eine Symbolik, in der sich die besondere Innigkeit des Verhältnisses zwischen Wien und Berlin widerspiegelt, liegt in dem Umstande, daß der hiesige Aufenthalt des Fürsten Bülow in gewissem Sinne ein Vorbild für den in einigen Wochen erfolgenden Besuch Kaiser Wilhelms bildet, der mit der Kaiserin Auguste Viktoria in Wien erscheinen wird, um dem Kaiser Franz Josef zu seinem sechzigjährigen Regierungsjubiläum seine Glückwünsche darzubringen.

Durch graue Gassen.

Roman von Kuny Wolke.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Es war ganz still in der dümmrigen Stube, als die Majorin schwieg. Nur ein schluchzender Laut entrang sich Anianos Brust, dann wieder das lautlose, beklemmende Schweigen. „Gib mir den Brief, Tante!“ „Nein, er ist nicht für Dich bestimmt“, wehrte die Majorin. „Gib ihn mir!“ Wie befehlend das Klang. Wortlos reichte die kleine Frau dem jungen Mädchen den Brief. Das neigte sich den blonden Kopf und ging mit dem Briefe hinaus. Verblüfft starrte ihr die Majorin nach. Wie merkwürdig doch die Aniane war.

Sie sah ja nicht, wie das junge Ding in ihrem Siebelsbüchchen, hoch oben über den Läden der anderen Häuser, auf den Knien lag und lachend und weinend den Brief liest und ihn mit Tränen reißt.

„Ihr habt mich doch lieb gehabt, Vater und Mutter. Ihr habt mich aus Liebe zurückgelassen, weil Ihr mir nicht wehe tun wolltet. Ihr seid nicht christlich gewesen, nicht verachtet, wie Bitte mir damals in der Schule erzählt, nur unglücklich, und Ihr habt Eure Aniane lieb gehabt, ach so lieb!“

Sie lächelte zärtlich die Bilder der Eltern, die über ihrem Bette hingen. Sie mußte, es gab eine Zeit, in der sie diese Bilder nur mit finsternen Augen getreift hatte. Stolz hob sie das blonde Haupt. Müdten die anderen doch sagen, daß der liebe Tod ihrer Eltern unanständliche Schande auf ihr Haupt ge-

bracht, sie wußte es jetzt besser. Am Vater und Mutter wußte sie für sie ein Glorienschein.

Aniane rügte die Tränenbahnen von ihrem Antlitz, dann schritt sie, den Brief sorgfältig in ihrer kleinen Tasche bergend, hinaus in das Wohngemach.

Die Magd hatte inzwischen dort den Teetisch hergerichtet. Es sah trotz aller Einfachheit behaglich und gemächlich aus in der großen Stube.

Aniane trat auf die Tante zu, die ihr etwas unsicher entgegenlächelte und lächelte ihr die Hand. „Ach danke Dir, Tante Madchen, für alles, was Du für mich getan hast“, sagte sie einfach. „Darf ich den Brief behalten?“

„Ja, ja, versteht sich“, nickte die alte Dame eifrig. „Reißt Du, Kind, und mit dem Geld das ist alles in Ordnung. Der Onkel Deiner Mutter, der zu seinem Schrodten wohl zu spät einfiel, was er alles angerichtet, der hat alles geregelt, so doch kein Schatten auf die Ehre Deines Vaters fällt. Auch Dir hat ja der Onkel eine kleine Rente ausgesetzt, so viel, wie ihm wohl seine Frau erlaubte. Es ist zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.“

„Ich will kein Geld nicht. Er ist Schuld daran, daß meine armen Eltern zu Grunde gingen.“

„Nunja, rühm, Kind, Du weißt noch nicht, welchen Wert das Geld hat, es ist ja laum der Rede wert, aber es ist doch etwas, wenn wir nicht mehr sind. Aber da sind ja unsere Männer! Gott, wie die Bengels polstern!“

Die „Benale“ kamen lachend in die Stube. Der eine sporenklickend, ein hübscher blauer Dular mit einem ledernen Schurzrock; über den vollen Lippen und der andere ein flatter Student mit einem ordentlichen Schmiss über die linke Wange. Ihnen folgte die große, hässliche Gestalt des Majors, der sich bücken mußte, als er über die Türschwelle trat.

„Na, Ihr Weiber“, sagte der alte Herr lachend, seinen weichen Vollbart streichelnd, „habt Ihr denn was Anständiges zu futtern?“

„Weihen Käse“, gab der Student mit einem gestunkenen Schauer zurück. „Nutting, Du willst uns wohl umbringen?“

„Ganz und gar nicht. Der ist gesund, mein Junge! Hier, Wolke, ist noch ein Täubchen für Dich vom Mittagsbrot“, sagte sie mütterlich, dem jungen Offizier den winzigen Vogel über den Tisch zuschiebend. „Du bist noch dem anstrengenden Dienst wohl recht ausgehungert?“

„Na, da wird ihn die Taube ja wohl auch nicht umschmeißen“, lachte der Major. „Was hast Du denn, Mädel, Du machst ja ein Gesicht, wie drei Tage Regenwetter.“

Aniane hat Vollstieber“, lachte Hans, der Student. „Du, ich gehe mit, da brauchst Du nicht zu schimmeln, ich springe mit Tobackeroachtung ein.“

„Ich danke Dir“, gab Aniane kurz zurück, Du brauchst Dich nicht anzustrengen, ich werde den Ball nicht besuchen.“ Dem Major blieb vor Ueberraschung fast der Wille im Halse stehen und auch der junge Offizier sah verblüfft auf die kleine Aniane, die ihm heute so merkwürdig herb erschien.

„Du bist wohl nen bißchen?“ sagte Hans und tippte bezeichnend an die Stirn.

„Na, nu?“ rief der Major. „Und das neue Kleid?“

„Ja, es ist eins von mir“, gab die Majorin voll Befriedigung zurück. „Ganz seiner Battist. Vor vierzig Jahren habe ich es zum ersten Mal angehabt und denn laum ein oder zwei Mal wieder. Es ist wie neu, und die Näbule hat es wirklich prachtvoll zurecht gemacht. Dazu die neue bunte Schärpe, die ich neulich im Ausverkauf für drei Mark erstand, ich sage Euch, es wird grohertig.“

„Es paßt nicht für mich.“ Tam es wider Willen von Anianens Lippen, dann schwieg sie betroffen. Sie konnte doch der Tante,

Der Fall Hill.

Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Der deutsche Botschafter in Washington ist am Sonntag ermächtigt worden, dem Präsidenten Roosevelt folgende Erklärung abzugeben: Die bisherigen Darstellungen des Falles Hill in der ausländischen Presse gehen von der irrigen Auffassung aus, daß man in Berlin beabsichtige, das bereits im vorigen Herbst erteilte Agreement für Hill zu widerrufen. Hieran sei niemals gedacht worden. Nachträglich waren allerdings Zweifel darüber entstanden, ob Hill auf dem Berliner Posten sich wohl fühlen werde. Diese Zweifel sind jedoch behoben worden, so daß einer Entsendung Hills auf den Berliner Botschafterposten durchaus nichts im Wege stehe. Er ist nach wie vor, ebenso wie jeder andere einwandfreie Vertreter, den Roosevelt empfohlen hätte, in Berlin willkommen. Es kann nur bestätigt werden, daß der Botschafter Tower in dieser Angelegenheit in keinem Augenblick von der Linie eines streng loyalen, korrekten Verhaltens gegenüber seiner und derjenigen der kaiserlichen Regierung abgewichen.

Zu der „Köln. Ztg.“ wird zu dieser beruhigenden Darstellung des weiteren ausgeführt:

Durch diese Erklärung wird zunächst förmlich bestätigt, daß der für den Posten des amerikanischen Botschafters in Berlin in Aussicht genommene Herr Hill in Berlin immer persona grata gewesen ist, und von einer Zurücknahme des ursprünglichen Einverständnisses mit seiner Ernennung gar keine Rede sein kann. Wenn davon gesprochen wird, daß gewisse Zweifel gegenüber seiner Ernennung aufgetaucht sind, so bezieht sich das offenbar auf ein vertrauliches Gespräch, das nach einem Besuche in der amerikanischen Botschaft zu Berlin stattfand. Hierbei hat es sich jedenfalls nicht um Zweifel an den Fähigkeiten und Schwämmen des Herrn Hill gehandelt. Das Vertrauen, das auf deutscher Seite zum Präsidenten Roosevelt besteht, läßt es überhaupt nicht zu, derartige Zweifel gegen die von ihm zum Botschafter in Berlin ausgesandte Persönlichkeit aufkommen zu lassen. Wir möchten annehmen, daß durch die obenstehende Erklärung der ganze Zwischenfall erledigt ist. Seine Entsendung war nur durch mehrfache Anspielereien möglich, die den ganzen Vorgang in ein falsches Licht setzten und aufhäuften. Daß solche Anspielereien sich ereignen konnten, ist bedauerlich, da es sich um einen vertraulichen Vorgang in der höchsten amerikanischen Botschaft handelt. Andererseits hätten wir es für gut, daß nun durch eine unabweisbare Erklärung der deutschen Regierung hiezu allen Entstellungen der Angelegenheit die Spitze abgebrochen ist. So wäre überdies klar, wenn überhaupt ein derartiges Versehen Ereignis auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nordamerika und Deutschland irgendwelchen Einfluß haben könnte.

Der Modernismus in Deutschland.

Der Münchner (geistliche) Mitarbeiter der in Salzburg erscheinenden „Katholischen Kirchenzeitung“ befragt einen in der „Apologetischen Rundschau“ erschienenen Aufsatz des Professors der Dogmatik an der Universität München, Dr. Hübner, und kommt dabei zu den folgenden interessanten Schlussfolgerungen: „Was heißt das Verfallsjahr; es muß einmal ausgesprochen werden: es gibt einen Modernismus in Deutschland, es gibt unter dem Kreuz, besonders dem jüngeren, sehr viele Modernisten, nur sind sie vorsichtiger als Dr. Schreyer, weil sie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen. Vielleicht hören wir aber bald aus akademischen Kreisen noch einen anderen Fall als den „Fall Schreyer“. Was die Laienwelt betrifft, ist gewiß keine Kirchentrennung oder Sektenscheidung zu befürchten, dazu ist die Welt nicht mehr religiös genug. Nicht Dogmen werden bekämpft, sondern die Fundamente sind unterminiert. Alles, was der Kirche und dem Christentum feindselig gegenübersteht, das wird mit wahrer Eifer ergriffen; Wahrheitswortschüre prangt hier (in München) in allen Läden mit der Kellam-Aufschrift: „Das verwerflichste Buch, das je geschrieben wurde, weil es die Wahrheit sagt“; wöchentlich erchebt die Schrift sechs Auflagen, dank der Konfiskation in Oesterreich. Da wird wohl keine Unterjochung mehr nötig sein darüber, wie sich die Laienwelt zum Modernismus stellt.“

Deutsches Reich.

(Zentrum und Polen.) Das Zentrumskomitee des Wahlkreises Oppeln hielt eine Sitzung ab, woran auch die bisherigen Landtagsabgeordneten Kultirat Radzik und Stadtpfarrer Abramski teilnahmen. Auf Betreiben des Grafen Oppersdorf und Abramski wurde das angebotene Kompromiß mit dem patriotischen Wahlverein abgelehnt und ein Wahlbündnis mit den Polen eingegangen beschlossen.

Der Herr so viel verdankt, nicht sagen, daß die anderen Mädchen in ihres Kleides wegen auslachten und über sie spotteten.

„Die Kätzchen.“ sagte Vetter Wolf lang gedehnt, „ach neel ich glaube, Matting, Du bist da ein bißchen auf dem Holzwege. Die Kätzchen sehen doch alle in ihrem Anzuge ganz anders aus, wie Aniane, ich glaube, man müßte mal an Berlin nach Berlin schreiben um eine entsprechende Ballade für Aniane.“

„Junge, Du bist wohl verrückt geworden? Geison? Weißt Du denn, was Berlin ist? Natürlich hast Du keinen Schimmer! Das Reich ist prächtig und Aniane sieht wunderbarlich darin aus. Wir müßten ja geradezu das Geld aus den Armen schütteln, wenn wir völlig überflüssiger Weise ein neues Lawen wollten.“

Der junge Offizier ließ Messer und Gehel fallen. „Ich finde es unbesonnen von Dir, Mutter, Aniane so als Vogelzucht in die Gesellschaft zu schiden,“ rief er erregt aufspringend, „als Vogelzucht, ja wohl. Entschuldig, Aniane, aber es empört mich geradezu, wie Mutter noch immer den Maßstab ihrer eigenen Dankschuld anlegt, wenn es sich um Deine Gerbe handelt. Ich finde Deine Töchter geradezu bodenlos.“ (Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Kammermusikabend Denten-Rußbach-Müller.

Der Solocellist unserer Hoftheater, Herr Karl Müller, lud kurz vor Beendigung der Konzertsaison zu einem interessanten Kammermusikabend in den Kasinoaal ein, der ausschließlich Beethoven gewidmet war. Ueber schon dieser Name an sich stets einen magnetischen Zauber auf jeden ersten Musikfreund, so war die Wirkung eine umso größere, als Herr Müller es verstanden hatte, sich der Mitwirkung zweier ganz vortrefflicher Künstler: der Herren Hofkapellmeister Rutzsch-

(Der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Flottenvereins) hat die Vorstehenden der Landes- und Provinzialverbände, sowie die persönlichen Mitglieder der Gesamtvorstandschaft auf Sonntag, 12. April nach Berlin ins Hotel de Rome zu einer Besprechung geladen, in der außer verschiedenen Satzungsänderungen auch die Vorschläge für die in Danzig stattfindende Wahl des Präsidiums erörtert werden sollen. Wie verlautet, soll von Vertretern der Reichlichen Richtung der Versuch gemacht werden, auf dieser Tagung eine wesentlich andere Zusammensetzung des Präsidiums, als die kürzlich in Dresden in einer vertraulichen Besprechung der Verbände vereinbart wurde, durchzusetzen.

Badijche Politik.

Stuttgart, 20. März. Mit Rücksicht auf das anstehende Steigen der Fleischpreise brachte die sozialdemokratische Fraktion in der letzten Bürgerauschussung den Antrag ein, eine amtliche Kommission solle die Fleischpreise von Woche zu Woche festsetzen. Nachdem der Antrag auch von Vorstehenden der Schlichtungskommission beschworen worden war, wurde er mit großer Mehrheit angenommen und fast sämtliche Mitglieder des Stadtrats stimmten zu.

Obrichter über den Großloß.

W. Vom Bodensee, 20. März. In zwei sehr gut besuchten Versammlungen in Konstanz und Meßkirch sprach am Samstag und Sonntag Landtagsabgeordneter Obrichter, der schon bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Aus seiner Konstanzer Rede möge hier hervorgehoben werden, wieweil eine treffliche Charakteristik der in den letzten Jahren zwischen einzelnen Parteien abgeschlossenen Bündnisse der Redner gab. Ebenso wie er die Natur des wahren auch nicht unrichtig und schriftlich niedergelegten so hoch tatsächlich framm gehaltenen Zusammenschlusses von Zentrum und Sozialdemokratie scharf geißelte, so nahm er auch keinen Anstand das Wahlabkommen von 1905 für ein unnatürliches Bündnis zu erklären, das allerdings nur in einer Notlage und zu einem einzigen tatsächlichen Zweck abgeschlossen sei. Gegenüber dem neuerdings gerade auch in Konstanz ausgesprochenen scharfen Label wegen dieses Wahlabkommens sagte Obrichter, daß wohl viele Tablet aufgefunden seien, aber noch keiner von diesen gesagt habe, wie man es hätte besser machen können. Interessant war auch die Feststellung der Zweifeltätigkeit des Zentrums, das in Baden der schärfste Treiber für Einführung des direkten Landtagswahlrechts gewesen sei, während in Preußen gerade die Unterstützung durch das Zentrum die Konservativen in den Stand setze, jeglichem Fortschritt in dieser Beziehung schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. In beiden Versammlungen, die ausgedehnt verliefen, lohnte stürmischer Beifall den Redner. Der Leiter der beiden Versammlungen, Oberdomäneninspektor Odenwald von Konstanz hat sich mit ihnen äußerst glücklich in seinem neuen Bezirk eingeführt; in Konstanz fand er einstimmige Zustimmung, als er mit dem Dank an den Referenten von der geplanten Diskussion Umgang zu nehmen riet, da es nicht am Platze erscheine den erhebenden Eindruck der geradezu großzügigen Rede durch kleinliche Plänkchen zu stören und zu verwischen.

Ueber das vielabgehandelte Thema vom Großloß führte Obrichter nach der „Konst. Ztg.“ aus:

Um ein Ziel zu erreichen, müssen kleinere Parteien sich gruppieren zu einer Mehrheit. Diese Gruppierungen seien aber diesmal unnatürliche Bündnisse, wie das zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten. Denn eine Partei, die sich zum Ziel gesetzt habe, das Reich stark zu machen, könne sich mit einer Partei, die kein Vaterland kenne, nur durch ein unnatürliches Bündnis zusammenschließen. Inwiefern können solche Bündnisse geschlossen werden ohne die nötige Einsicht in das Wesen der Bundespartei, wie in Preußen zwischen Konservativen und Zentrum, oder im vollen Bewußtsein der Unnatürlichkeit zu einem vorübergehenden aktuellen Zweck, wie in Baden zwischen Block und Sozialdemokratie. Dieses Bündnis sei geschlossen worden, um die Hebermacht der Zentrumspartei in der badijchen Volksvertretung fern und die Bahn der freiwilligen Entwicklung im Volk offen zu halten. Zusammen aber bleibe das Bündnis des Blocks mit der Sozialdemokratie ein unnatürliches.

An anderer Stelle seiner Rede heißt es:

Gerade der Großloß habe Aufwindungen erlitten, nicht nur von ultramontaner Seite, auch von Freundes Seite, bald mahnend, bald belehrend. Die Führer hatten sich gefragt, ob

bach und Hofopernsänger Fentien, zu sichern. Kein Wunder also, wenn der Kasinoaal die so oft zutage tretenden Lüden diesmal nicht aufwies.

Am Anfang und Schluß des Programms standen zwei Sonaten für Cello und Klavier, deren verhältnismäßig seltenes Erscheinen auf den Konzertprogrammen unserer Kammermusik umso mehr zu bedauern ist, als das Gebiet der Cello-Literatur ein recht armes ist. Die dem König Friedrich Wilhelm II. gewidmete G-moll-Sonate op. 5 entstammt ihrem Charakter nach der glücklichsten Zeit Beethovens. Schon die gehaltvolle Einleitung zeigt die Freude an kindlichem Klange, es ist ein freudiges Schwebeln in Lönen. Der zweite Satz, Allegro molto piu tosto presto, welcher in der Haupttonart verbleibt und nur am Schluß in die gleichnamige Durtonart ausweicht, darf wohl in seiner langgepönnenen, geistreichen Durchführung als der Höhepunkt des Wertes bezeichnet werden. Der Schlusssatz, das G-dur Rondo, zeigt in dem goldenen Melodienfluß und seinen Harmonien deutlich das Vorbild Mozarts. Die A-dur-Sonate op. 60, von den fünf Cellofonaten des Meisters wohl die schönste, redet eine wesentlich andere Sprache. Dies zeigt sich schon in der Einleitungssage mit der gebieneren Durchführung, den wirksamen Steigerungen und Kontrasten und dem Reichtum figurativer Gestaltung. Acht charakteristische Klangwirkungen zeigt auch der zweite Satz, das in E-moll beginnende, zweimal in die gleichnamige Durtonart überspringende Scherzo. Auf ein kurzes, seltsames Adagio in E-dur folgt das Allegro vivace im A-dur, ein herrlicher Satz, bald leise und geheimnisvoll redend, bald hell ausstehend, einen sprudelnden Gedankenfluß aufweist. Daß die Widersprüche beider Werke eine in allen Teilen vorzügliche war, versteht sich eigentlich bei den künstlerischen Qualitäten der beiden Interpreten von selbst. Herr Müller entlockte seinem Instrument herrliche Töne,

man für das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vom 1905 Tadel verdient habe. Die Antwort habe gelautet: Nein. Wohl sei es damals eine große Summe an die Wählerwahl gewesen; aber alle durch das Land hätten 1905 der Parteileitung Macht gegeben und seien für mit Begeisterung gefolgt. Dennoch seien hinterher tadelnde Äußerungen gekommen, sogar von einer Seite, an deren aufrichtigem Liberalismus nicht zu zweifeln gewesen sei. Das sei eine Tatsache, die zu denken gebe für die Zukunft. Es habe tief berührt, als Minister von Bodman den Ausdruck getan, es sei zu bedauern, wenn eine bürgerliche Partei mit der Sozialdemokratie gehe. Was hätten wir 1905 sonst tun sollen? Auf die Frage hätte noch keiner der Kritiker Antwort gegeben. Man sage wohl: lieber zu Grunde gehen, als... Würde es sich da nur um seine (Obrichters) Person gehandelt haben, dann würde er solchen Gedanken auch Raum gegeben haben; aber es handelte sich 1905 um das badijche Land, um die Fortschritte, um all das Große, was in 4 Jahrzehnten geschaffen worden ist, und das sollte auch weiterhin erhalten werden. Aus diesen Gedanken heraus sei damals gehandelt worden. Es war ein Rechenmandat und es gelang. Tragdem habe man der Zeitung Vorwürfe gemacht, als ob sie von den alten Prinzipien abgewichen sei. Das sei sie aber nicht; nach wie vor sei sie die Gleiche geblieben und sei bereit trotz des Tadels vom Minister v. Bodmann liberale Politik zu treiben.

Das Verhältnis der Nationalliberalen zu Herrn von Bodman umschrieb Obrichter folgendermaßen:

Das Verhältnis mit dem Minister des Innern sei ein ungetriebenes. Die nationalliberale Partei hat es mit Freude gesehen, wie es ihm in wenigen Wochen gelungen sei, mit parlamentarischer Routine die Geschäfte zu besorgen und sich mit den Parteien in ein gutes Einverständnis zu setzen. Das sei aber nicht des Ministers eigenes Verdienst, wie man es ihm zuschreiben wollte. Es käme vielmehr auch auf Rechnung der Sozialdemokratie, die den Reden des Ministers gegenüber sehr wohl gehalten sei und in jeder Beziehung Überlegenheit besaß. Ein Teil des Verdienstes käme aber auch den Nationalliberalen zu, die stets ihre Vereinfachung gezeigt hätten, mit den Sozialdemokraten zusammenzustimmen, und so das gute Einverständnis zwischen Minister und den liberalen Parteien vorberreiteten. Ohne dieses Zusammenwirken der Parteien hätte der Minister niemals von den Sozialdemokraten ein Vertrauenwort erhalten können. Man habe den Minister des Innern hochgepreisen wegen seiner Anständigkeit, wegen seinem Eintreten für die Arbeiterkassen und die Arbeitslosenversicherung, wegen seiner Worte, die er am 25. Januar gesprochen hätte: „Ich werde, soweit das auf den Boden der bestehenden Staatsordnung möglich ist, Ihren Vorstellungen, soweit sie auf das Wohl der Hebung der Arbeiterklassen gerichtet sind, stets meine Förderung entgegenbringen.“ Die Nationalliberalen hätten jedoch schon im Januar gesagt, damals aber habe man sie für verkappte Sozialdemokraten angesehen. Wenn der Minister in der Rede gekündigt worden sei, so müsse das ganz mit der Auffassung der Nationalliberalen überein. Sie hätten ihn gerade anfangs als freiwillig gestimmten Mann begrüßt. Schon längst habe er (Obrichter) des Ministers gute Eigenschaften in einem Vortrag anerkannt. Und wie er, hätten auch seine Freunde den Mann beurteilt. Man tue der Zeitung deshalb weh, wenn man sie beschuldige, sie sei dem Minister nicht mit dem nötigen Verständnis entgegengekommen.

Badijcher Landtag.

(Von unserem Korrespondenten Bureau.)

2. Kammer. — 26. Sitzung.

Konstanz, 30. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet 4 Uhr die Sitzung, Spezialberatung des Gewerbe-Angeles.

Abg. Sed. (Soz.) wünscht zu der Sippenausperrung in Heidelberg eine Einwirkung des Fabrikinspektors, um ein Tarifverhältnis wieder herzustellen. Die Polizei nehme hierzu eine einseitige Stellung zu Gunsten der Ausperrter; so sei ein Arbeiter wegen prehegeklidnen Vergehens in einer Klageklageangelegenheit zu der exorbitanten Strafe von 100 Mark verurteilt worden.

Minister v. Bodman: Der Fabrikinspektor sei erkrankt, deshalb nicht in diesem Hause; doch werde er demselben die Anregung mitteilen, obson es von vornherein nicht Aufgabe der Fabrikinspektion sei, von sich heraus solche Vermittlung vorzunehmen. Doch habe er nichts dagegen. Im übrigen werde er die Angelegenheit verfolgen.

Abg. v. Mengingen (Str.) bespricht die bundesrätlichen Bestimmungen über den Arbeiterlohn im Betriebsbetriebe und bittet um Auskunft über die Ausdehnung derselben auf die Pensionen etc.

Ministerialrat Bienen er anerkennt, daß die angeführten Erhebungen dargetan, daß die 24stündige Ruhezeit gewisse Bedenken habe. Im Bundesrat sei man demgegenüber der

und Herr Ruzschbach spielte seinen Klavierpart auf das Subtilste. Dabei war das Zusammenspiel von nie gestörter Einmütigkeit.

Als weiterer Gabe spenden war Herr Hofopernsänger Fentien erschienen und sang, von Herrn Ruzschbach auf das feinsinnigste begleitet, zunächst den innig empfundenen Liebeskreis „An die ferne Geliebte“, das schönste Idyll der Liebe, sodann noch einige Weisen unseres Meisters („Rohlied“, „Bonze und Wehm“, „Lied aus der Ferne“ und „Opferlied“). Der bewährte Sänger bewährte in seiner durchgeistigten Aufführung, der poetisch wie musikalisch tadellosen Weitergabe und der vornehmen, dabei markantbrierten Tongebung auch gestern wieder seine oft gerühmten Vorzüge und fand wie die beiden Künstler den enthusiastischen Dank des zahlreich erschienenen Auditoriums.

Theater-Kotiz. Die Intendantin teilt mit: Irene Zrisch vom Festspieltheater in Berlin wird kommenden Dienstag, 7. April, als „Christine“ in „Fidelio“ und als „Margarete“ in „Elixir“ von Schiller, ferner Donnerstag, 9. April, als „Mora“ in „Wohlschickelmanns Schachspiel“ gastieren. Beide Vorstellungen finden außer Abonnements statt. Zur ersten Vorstellung heißt den Abonnenten der Abt. C. zur zweiten jenen der Abteilung D das Vorlaufsrecht für die von ihnen abonnierten Plätze bis Freitag, 8. April, mittags 1 Uhr gewährt. Willkürstellungen werden schriftlich an die Postbestellstelle erbeten. Die Ausgabe der schriftlich bestellten Karten erfolgt Samstag, 4. April, an der Tageskasse II. Der allgemeine Kartenerwerb beginnt Montag, 6. April, vormittags 10 Uhr.

Johanna von Reichenberg's Schicksal von Mannheim und der Wäner, der sie nahezu ein Vierteljahrhundert eine vornehme Herde gewesen, hat sich, wie wir mit Vergnügen vernahmen, doch nicht so ganz ohne alle Zeichen der Dankbarkeit, weiligend so weit es das künstlerische Mannheimer Publikum betrifft, vollzogen. Ein kleines Ehrengeheimnis, zu welchem weitere Kreise mit seltenen Freudigkeit beigeführt haben, ist der Künstlerin kurz vor ihrer Ab-

Ansicht gewesen, daß die Verordnung einem Bedürfnis entspreche und es sei auch kaum zu bestreiten, daß den Gehilfen dieser Rubrik zu gönnen sei und mit einem gewissen guten Willen sei sie durchzuführen. Die Frage der Ausdehnung dieser Verordnung auf die Pensionisten stöße auf Schwierigkeiten, da man es doch hier mit privaten Einrichtungen zu tun habe.

Abg. Wildens (natl.) gibt bekannt, daß sich das Gewerbegericht als Einigungsamt mit dem Heidelberger Obergericht beschäftigt werde. Erklären müsse er aber, daß die Ausgeperrten die Arbeitswilligen in einer Weise belästigt haben, die allgemeine Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Erst gestern seien bedauerliche Angriffe auf Arbeitswillige vorgekommen, die zu Verletzungen derselben geführt — das sei doch ein bedauerlicher Terrorismus.

Abg. Säckling (Soz.) bespricht die Tätigkeit des Landesversicherungsamts und die Tätigkeit des Schiedsgerichts in Mannheim, die in der Behandlung des Publikums eine zufriedenstellendere geworden ist. Redner befragt eine staatliche Unterstützung der Arbeitersekretariate, die Gutes und Ersprießliches für die Arbeiterkassen leisten.

Minister v. Bodman: Wenn die Zuschüsse des Reiches zu den Invalidenrenten zurückgegangen, so sei das richtig, doch diesem Zurückgehen sei ein erschreckendes Anschwellen der Zuschüsse vorausgegangen, so daß Versicherungskommissionen in das Land gesendet, die verschiedene Renten nachgeprüft und dabei ein Eingreifen für notwendig erachtet. Jedenfalls sei es geboten, daß die Voraussetzungen des Gesetzes streng geprüft würden. Den Klagen über das Mannheimer Schiedsgericht werde er nachgehen. Die Arbeitsfähigkeit des Einzelnen werde genau geprüft. Er anerkenne die Tätigkeit der Arbeitersekretariate, doch von einer Unterstützung durch die Regierung könne wohl nicht die Rede sein, da dieselben doch zu sehr Parteigänger seien.

Bei dem Titel Förderung des Gewerbes befragt Abg. Vogel nochmals die Unterstützung von gewissen Waren in den Läden der Warenhäuser im Interesse des Kleinhandels u. tritt für Errichtung weiterer Fachschulen ein. Weiter befragt Redner die Gewährung eines Stipendiums für die Bauabteilung an der Mannheimer Ingenieurschule.

Abg. Blumel (Str.) hebt die hervorragende Tätigkeit der badischen Arbeitsnachweise hervor und bittet die Regierung, die Eingabe derselben über die gegebenermaßen zu berücksichtigen. Abg. Wedpert hält eine Unterstützung der Bestrebungen nach weiterer Ausdehnung der Arbeitsbeschaffung auf dem Schwarzwalde für geboten.

Abg. Vogel ist überzeugt, daß die Regierung die Position „zur Förderung der Gewerbe“ gern erhöhen werde, wenn der Wunsch aus dem Hause laut werde.

Auf eine Anfrage des Abg. Ehrig, wie es mit der in Aussicht gestellten Statistik über das gewerbliche Unterrichts- wesen bestellt sei, wird regierungseitig erklärt, daß dieselbe demnächst erscheinen werde und daß eine Veröffentlichung alle fünf Jahre geplant sei.

Abg. Ehrig (Dem.) betont die vorzügliche Qualität unserer Gewerbeschulen, die im Ausland gerühmt würden, doch sei zu befürchten, daß das Lehrermaterial an Qualität zurückgehen werde. Vor allem sei bei demselben auch die Kenntnis der pädagogischen Grundsätze geboten. Die Gewerbelehrer sollten auch nicht gar zu jung angestellt werden. Auf den Gehaltsstufen solle nicht eingegangen, doch bemerken möchte er, daß nach der ganzen Vorbildung der Gewerbe- und Handelslehrer dieselben mit der zweiten Stufe beginnen. Des Weiteren tritt Redner für bessere Fortkommensverhältnisse der Handelslehrer ein.

Abg. Wildens erklärt, daß auch anderen Abgeordneten als dem Vorredner die Lage der Gewerbe- und Handelslehrer eine ernste Sorge und die Tarifkommission habe den ersten Willen, hier zu tun, was möglich sei. Die Einnahmen dieser Titel werden demnächst genehmigt.

Budget des Wasser- und Straßenbaues.

Abg. Hergt betont als Berichterstatter, daß dieses Budget mit Vor- und Umficht aufgestellt sei, jedoch zu beanstanden kein Anlaß vorliege. Die Ausgaben betragen im ordentlichen Etat 10 827 260 M., im außerordentlichen Etat 2 470 160 M. Die gesamten Einnahmen belaufen sich auf 3 548 460 M. In der Kommission habe die Prüfungsordnung für das Ingenieurwesen, die eine Änderung erfahren, zu längeren Ausen- dungen geführt. Es sei dabei zu der erlassenen Vereinbarung folgender Antrag gestellt: „Die Kammer wolle die Re- gierung ersuchen, die Verordnung vom 26. Juni 1906 dahin ab- zuändern, daß alle sich meldenden badischen Diplom-Ingenieure zum praktischen Vorbereitungsdienst und zur Staats- prüfung zugelassen werden.“ Eine weitere Debatte habe die Einteilung des Vorbereitungsdienstes hervorgerufen und die Titelfrage. Der Titel „Regierungsbaumeister“ solle nach Meinung der Regierung nur denjenigen Beamten verliehen werden, welche im Dienste der Staatsverwaltung stehen, während die Kommission die Meinung vertritt, diesen Titel auch an Per- sonen zu verleihen, deren Tätigkeit in keiner Beziehung zur staatlichen Verwaltung stehe. Für die Mitwirkung der Beamten der Bauverwaltung bei der Unterhaltung der Kreisstraßen und Gemeindegemeinde seien wieder 25 000 Mark für jedes Jahr ein- gestellt. Besonders sei zu begrüßen, daß für die Fortbildung jüngerer Ingenieure 1000 Mark statt wie bisher 500 Mark vor- gesehen seien. Die Unterhaltung der Landstraßen, deren Länge Ende 1907 im ganzen 3048,978 Kilometer betrug und für 1908/09 sich auf 3049,883 Kilometer erhöhen wird, erfordern wieder eine Aufwandssteigerung. Der kilometrische Aufwand einschließlich der

reise in vornehmster Form zugegangen und dürfte für bewiesen haben, daß man in der alten Schiller- und Walbergsstadt auch heute noch die dramatische Verstellungskraft, besonders wenn sie so wahrhaft und zielbewußt gelbt wurde wie durch Johanna v. Holtenberg, nach Gebühr zu werten weiß.

Der Konzertmeister des Kais.-Orchesters, Cornelius v. S. i. e. l., wird im Herbst einem Aufste als Solo-Solist an die Wiener Hofoper Folge leisten.

Der Karlsruher Bildhauer Professor Karl Koch feierte dieser Tage seinen 70. Geburtstag. Von dem trefflichen Künstler stammt u. a. das Krieger- und das Bismarck-Denkmal in unserer Stadt, das Bismarck-Denkmal in Karlsruhe und das Kaiserin Augusta-Denkmal in Koblenz.

Ein Schmiedebrennen für Baden-Baden. Der Besitzer des Gutes Warichhalden in Baden-Baden, H. S. i. e. l. e. n. aus Reinsdorf, hat dem Oberbürgermeister dieser dort eine Summe bis zu 40 000 M. zur Errichtung eines öffentlichen Schmiedebrennens zur Verfügung gestellt und ihn ermächtigt, über den Ort der Aufstellung und die Art der Ausführung des Brennens nach freiem Ermessen zu entscheiden.

Eine Postenrat-Listung für Schriftsteller. Der kürzlich verstorbene Hofrat Dr. Johannes Postenrath (Köln) hat eine Stiftung mit einem Kapital von 300 000 Mark auf seinen Namen in Köln testamentarisch vermacht, aus dessen Zinsen eine Unter- stützung und Förderung älterer und jüngerer Schriftsteller er-

Straßenwärterlöhne betrage 1906-07 588 Mark und sei für 1908-09 zu 628 Mark berechnet. Demnach habe sich der Auf- wand in zehn Jahren um 94 Mark für das Kilometer erhöht und für die gegenwärtige Budgetperiode um 40 Mark höher, als für die letzte. Diese Steigerung sei durch die bedauerliche Unter- haltung veranlaßt. Ueber den Stand der Rheinregu- lierungsarbeiten sei mitzuteilen, daß die Bauaus- führung der Regulierungsarbeiten von Sondernheim bis Straß- burg in 2 Abschnitte geteilt, von denen der untere bis Sondernheim, Neuhäusel durch die badische, der obere durch die elsäß-lothrin- gische Wasserbauverwaltung geleitet werde. Auf dem badischen Bauabschnitt sei zunächst die Strecke von Kilometer 200 bei Det- tenheim aufwärts bis Kilometer 200 bei Leovoldshafen in An- griff genommen worden. Im Anfang Oktober 1907 habe eine Vereifung der Regulierungsstrecke durch die von den beteiligten Regierungen abgeordnete Kommission festgestellt, welche die Ergebnisse ihrer Prüfung wie folgt zusammenfaßt: 1. Der Stand und der Fortgang der Bauten entspreche dem vereinbar- ten Arbeitsplan. 2. Die bis jetzt ausgeführten Bauten usw. seien durch die im verfloffenen Sommer eingetretenen Strom- anschwellungen weder beschädigt noch in ihren Wirkungen beeinträchtigt worden. 3. Das angewandte Bauverfahren habe einen sehr bemerkbaren Einfluß auf die Ausbildung des Talwegs in dem durch den Entwurf der Regulierung erstrebten Sinne gehabt.

In der Generaldebatte

Bemerkt Abg. Giesler (Str.) zu der Erhöhung des Straßen- anwands, daß derselbe gerechtfertigt sei, da derselbe den Land- straßen zugute komme, die in einem anerkanntswerten Zustand seien. Erfreulich seien die Ergebnisse über die Prüfung der Rheinregulierungsstrecke; wie er höre, habe vor ca. 14 Tagen eine weitere Besichtigung der einzelnen Interessenten, der Redner, stattgefunden und wäre es interessant zu erfahren, zu welchen Resultaten dieselben gekommen sind. Am Oberrhein habe man die Hoffnung, daß die Schifffahrt bis Basel und schließlich bis Konstanz durchgeführt werde, wobei es nicht zuletzt auf die rich- tige Waggerung ankomme. Der Redner beschäftigt sich sodann ein- gehend mit der Verfertigung resp. Verfertigung der Donau, geht auf die Endrücksichten der Untersuchungen näher ein und erludt die Re- gierung, diese wichtige und für die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gegend weittragende Frage im Auge zu behalten.

Abg. Pfeifferle bespricht die Rheinregulierung, die für die Oberländer von größtem Interesse sei, wobei er notwän- dig wünsche, daß die Weiterführung der Schifffahrt bis nach Basel recht bald durchgeführt werde, denn heute sei sie eine Frage von allgemeiner Bedeutung. Redner befragt die Einstellung einer Summe für Bohrversuche.

Abg. Dietzle (Str.) begrüßt die Ausführungen der Vor- redner über die Regulierung des Oberrheins; dabei ginge einem Rheinbewohner in Dogern und Waldshut das Herz auf bei dem Gedanken nach Basel und selbst nach Konstanz fahren zu können. Freilich werde wohl kaum der längste in diesem Hause die Er- füllung dieser Hoffnung erleben. Redner vertritt im Straßenbau das Decksystem.

Morgen 9 Uhr Fortsetzung.

Aus Stadt und Land.
* Mannheim, 31. März 1908.

Oberbürgermeister Dr. Beck.

Oberbürgermeister Dr. Beck weist nicht mehr unter uns! Eine tieferschütternde Nachricht, welche Mannheims ganze Bür- gerschaft, ob hoch oder nieder, ob reich oder arm, in herbsten Schmerz und aufrichtige herzliche Trauer versetzen wird! Unerwartet rasch ist unser langjähriges Stadtoberhaupt von uns gegangen. War auch sein Gesundheitszustand schon seit Jahren kein be- friedigender, so daß Otto Beck mehrmals Heilanstalten auf- suchen mußte, so gelang es doch stets der eisernen Energie dieses willensstarken Mannes, die oft nahen Schatten des Todes zu verschonen. In alter körperlicher und geistlicher Frische lebte er dann zu uns zurück, um mit fester Hand die Zügel des städtischen Regimes zu ergreifen. In der letzten Zeit schien es, als ob Oberbürgermeister Dr. Beck sich vollständig erholt und die Krankheitsanfalle gänzlich überwunden habe. Derlich freuten sich hierüber die Mannheimer, die in den vielen Jahren, in denen Otto Beck an der Spitze unseres städtischen Gemein- wesen stand, mit ihm verwohnen waren, sich mit ihm freuten und mit ihm trauerten. Deshalb kommt die Kunde, daß Ober- bürgermeister Dr. Beck gestern Abend 11 Uhr infolge eines Schlaganfalles plötzlich aus dem Leben geschieden, jäh und uner- wartet. Man hatte gehofft, daß es diesem hervorragenden Manne vergdant sein möge, noch recht lange die Geschichte unserer Stadt zu lenken, ihm zur Freude und seinen Mitbürgern zum Glück und zum Segen. Das Schicksal hat es anders bestimmt. Der emsig schaffende, unermüdblich tätige Mann, der noch gestern erfüllt war von unzähligen weittragenden Gedanken und Pro- jekten, die dienen sollten dem Wohle der ihm zur Leitung an- vertrauten Stadt, liegt heute stumm und starr auf seinem Ruhe- bette. Ueber Nacht ist der Tod zu diesem Mann der rastlos schaffenden Arbeit getreten und hat ihm zugerannt: „Es ist genug!“ Nun hat Otto Beck ausgerungen, ausgearbeitet.

folgen soll. Gleichzeitig hat er seine reichhaltige Bücherei der Stadt Köln testamentarisch vermacht mit der Beschränkung, daß seine Witwe ihr persönliches wertvolles Bücher zurückbehalten darf.

Kapellmeister Karl Fiedler in Hamburg wurde zum Dirigenten der Bostoner Symphonie-Konzerte gewählt.

Der Cellenator Menginsky ist von Felix Weingartner nebst zwei anderen Kennoristen zu einem Gastspiel an der Wiener Hof- oper eingeladen worden.

Eine französische Nordpolarexpedition. Aus Paris wird be- richtet: Am 12. April wird von Dänischen die französische Nordpolarexpedition auf dem Schiff „Jacques-Cartier“ unter Leitung des Kommandanten B. e. n. a. r. d. ausbrechen, über deren Plan der Leiter selbst folgende Mitteilungen machte: „Der Jacques-Cartier wird an der norwegischen Küste entlang bis zur Insel Kolgajew fahren, wo er Hunde an Bord nehmen wird, und dann seinen Weg zur Varents-See forschen. Die Erforschung dieser letzteren bietet ein besonderes Interesse; auf weite Strecken einen großen Teil des Jahres eisfrei birgt sie zahlreiche schif- ferliche Antiepen und könnte, wenn sie endgiltig erschlossen wäre, neue reiche Fischgründe darbieten, die unserer im Niedergang befindlichen Industrie zugute kämen. Wir werden genaue Con- siderationen unternehmen und neue Verfahren des Fischfangs ver- suchen, mit denen man in Dänemark ausgezeichnete Resultate erzielt hat. Darauf werden wir die Kara-See erforschen.“

Ja ausgearbeitet! Oberbürgermeister Dr. Beck ist ein frühes Opfer seiner Arbeit geworden, der Arbeit im Dienste der Stadt, die ihn im Jahre 1881 an ihre Spitze berufen hatte. Wenn ein späterer Geschichtsschreiber die Geschichte Mannheims um die Wende des 19. Jahrhunderts schildert, wird er in der imponierenden Gestalt des Oberbürgermeisters Dr. Beck gewissermaßen das Wahrzeichen dieser ganzen Epoche des gewaltigen Aufstiegs und der nachfolgenden Entwicklung unserer Stadt erblicken. In verhältnismäßig kleinen und bescheidenen Grenzen hatte sich bis in die Mitte der 80er Jahre hinein das kommunale Leben in Mannheim bewegt. Die großen Fragen, die in manchen anderen der gewaltig emporstrebenden deutschen Städten schon früher akut geworden waren, traten erst jetzt in Mannheim in den Vordergrund und erheischten bringende Lösung. In jener Zeit fand eine ganze Umwälzung in der Stadt- verwaltung statt und als dann auch das Amt des Oberbürger- meisters infolge des aus Altersrücksichten vor sich gegangenen Rücktritts des hochverdienten Herrn Eduard Moll neu zu besetzen war, da bildete die wichtigste und für die Zukunft bedeutsamste Frage die Neuwahl unseres Stadtoberhauptes.



Diesem Bürger, welchen die schwere Aufgabe zufiel, unserer Stadt ein neues Oberhaupt zu geben, waren sich der hohen Verantwortlichkeit, die ihnen oblag, voll bewußt. Sie hielten Ratschläge im Lande haben und außerhalb der rot- gelben Grenzpfähle nach bedeutenden, hochbegabten, intelligenten Männern. Aber sie hielten auch Rücksicht nach solchen und da wurde, wie damals zuverlässig versichert worden ist, von einer der maßgebendsten Stellen unseres Landes erklärt, daß man ge- genwärtig in Baden über zwei Verwaltungsbeamte verfüge, welche sich durch eminente Tüchtigkeit und besonders hohe In- telligenz auszeichneten und einer von diesen beiden sei der Rastatter Oberamtmann Otto Beck. Zugleich wurde damals ver- sichert, daß Otto Beck zur Verfertigung ins Ministerium in Aus- sicht genommen sei und daß diese Berufung demnächst erfolgen werde, falls er nicht an die Spitze der Mannheimer Stadtver- waltung gestellt werden sollte. Rasch führten seinerzeit die Ver- handlungen unter Führung des damaligen Obmanns des Bür- gerschaftsausschusses, des Herrn Geh. Kom.-Rat Philipp Dillens, zum Ziele und am 16. Oktober 1881 konnte die Wahl des Herrn Otto Beck zum Oberbürgermeister der Stadt Mannheim vorgenommen werden. Unergeßlich wird den Teilnehmern der tiefe Eindruck sein, den das erste Auftreten des neugewählten Oberbürger- meisters in jener denkwürdigen Soobauerversammlung, die kurz nach der Wahl Otto Beck's zu unserem Stadtoberhaupt statt- fand, machte. In dieser Versammlung, welche den Soobausaal bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, sprach Otto Beck erstmalig zu seinen Mannheimer Bürgern und eroberte mit seiner hin- reichenden Beredsamkeit, die ihn schon damals auszeichnete, sofort die Herzen der Mannheimer. „Das ist der richtige Mann“ war das einstimmige Urteil aller Teilnehmer an der Versammlung und dieses, dem gesunden, ungetrübten Volksempfinden ent- sprungene Urteil hat sich in den langen Jahren der Tätigkeit Otto Beck's als zutreffend erwiesen. In jener Versammlung gelobte der neue Oberbürgermeister feierlich, daß er in Zu- kunft nur ein Ziel kenne: die Förderung und Wahrnehmung der Interessen der Stadt Mannheim; er gelobte ferner, daß er sein wolle ein Vertrauensmann der Bürger und daß er seinen Unter- schied kennen werde zwischen den einzelnen Ständen und Kon- fessionen. Treu und unerschütterlich bei Otto Beck dieses Gelüb- nis gehalten und nie ist er von ihm abgewichen. Ueberblickt man heute die beinahe 17jährige Tätigkeit Otto Beck's als Oberbürger- meister unserer Stadt, so findet man auf allen Gebieten des kommunalen Lebens ein gewaltiges Emporblühen, ein emsiges Schaffen und ein unermüdbliches Ringen. Reich waren die Er- folge, welche durch diese aufreibende Arbeit im Dienste der Stadt unser feitheriger Oberbürgermeister erzielen konnte. Weit haben sich die Grenzen unseres Gemeinwesens gedehnt und noch große, bei Initiative des Verbliebenen entstandene Projekte hatten der baldigen Lösung. Die Amtszeit Otto Beck's als Stadtoberhaupt, von Mannheim wird am besten gekennzeichnet durch den Aus-

stand, daß in ihr stattfand der Uebergang von einer Kleinstadt zur Großstadt, ferner der Uebergang von einer fast reinen Handelsstadt zu einem Handels- und Industrie-Zentrum, das heute als der industrielle Knotenpunkt Südwestdeutschlands gelten kann.

Es ist unmöglich, heute ein vollständig erschöpfendes Bild der alles umfassenden Tätigkeit dieses hervorragenden Mannes zu entrollen; das wird Aufgabe späterer Artikel sein. Otto Beck's Geist beherrschte alle Gebiete unserer Kommunalpolitik und es geschah keine bedeutende und wichtige Maßnahme, ohne daß sie nicht vorher von unserem Stadtoberhaupt geprüft und begutachtet worden wäre. Wie tiefgreifend die Umwälzungen in unserem ganzen kommunalen Leben während der Amtszeit Dr. Beck's waren, möge hervorheben aus der Ausführung der bedeutendsten Schöpfungen und Neuerungen, die unter seiner Führung stattfanden. Wir nennen hier, außer der schon oben angeführten Einverleibung verschiedener Vororte, die Erschließung neuer Stadtteile, die Schaffung des Industriehofens, die Umwandlung der Pferdebahn in eine elektrische Straßenbahn und den Ausbau der letzteren, die hochbedeutende Revision unseres ganzen Schulwesens, die her eigenen Initiative des Oberbürgermeisters Dr. Beck entsprungene musterbildende Erweiterung des Gewerbe- und Handelsfortbildungsschulwesens, die ihre Krönung gefunden hat in der Schaffung der Handelshochschule.

Die Schaffung dieser Handelshochschule ist eine der bedeutendsten Schöpfungen Dr. Beck's, der in ihr gewissermaßen mit ein Lebenswerk sah. Seine ganze Kraft, sein umfassendes Können und nicht zuletzt sein reiches Herz stellte er in den Dienst dieser neuen Anstalt, von der er hoffte, daß sie bald den Ruf Mannheims in alle Weltteile tragen werde. Leider ist es ihm nicht vergönnt gewesen, die weitere Entwicklung dieser Handelshochschule verfolgen und unterstützen zu können, aber sein Geist wird stets diese Schule umschweben und sein Name wird mit ihr unauflöslich verbunden sein.

Wären wie jetzt in der Todesstunde Dr. Beck's auf sein Schaffen zurück, so können Mannheims Bürger mit Stolz sagen, daß ihr Gemeinwesen auf der Höhe der Zeit steht, daß es nirgends zurückgeblieben ist, daß man auf keinem Gebiet, möge es nun kultureller oder wirtschaftlicher Art sein, etwas nachzuholen gibt, Verfallenes nachzuholen braucht, sondern daß es nur gilt, in den Bahnen, die Dr. Beck geöffnet und zum Ruhm und zu Ehren unserer Stadt beschritten hat, weiter zu wandeln, um unser Gemeinwesen auch fernerhin einer ersprechlichen und gedeihlichen Zukunft entgegenzuführen.

Otto Beck war aber nicht nur ein musterbildender, bahnbrechender Leiter der Geschicke unserer Stadt, sondern er hat auch das Geschick erfüllt, daß er ein Vertrauensmann der Bürger sein sollte. Vom ersten Moment seiner Amtseinführung bis zu seinem letzten Lebenstage stand er jederzeit den Bürgern mit Rat und Tat zur Seite, hatte für ihre Wünsche und ihre Beschwerden stets ein offenes Ohr und ein warmes, mitfühlendes Herz; wußte eingedenk auf ihre Empfindungen und ihre Gebühle, wußte ihrem Denken und Charakter Rechnung zu tragen. Nicht von oben herunter trat er denjenigen gegenüber, die bei ihm Hilfe und Schutz oder Rat suchten, sondern er war ihnen gewissermaßen Freund und väterlicher Berater. Wir glauben nicht, daß es heute in Mannheim jemand gibt, der sagen kann, daß er vergeblich an die Ähre des Oberbürgermeisters Beck geklopft oder daß er bei ihm nicht den erwarteten Schutz, die erhoffte Hilfe gefunden habe. Das Gefühl des Vertrauens besetzte jeden Bürger bei seinem Gang zum Oberbürgermeister und dieses Gefühl des Vertrauens war nur noch verstärkt, wenn er das Zimmer des Stadtoberhauptes betrat, wo er stets einem freundlichen Empfang und herzlicher aufmunternder Worte sicher sein konnte. Oberbürgermeister Beck war kein Freund des grünen Tisches, ihm fehlten auch alle Eigenschaften zu einem Bureaukraten, sondern er blieb immer in häuslicher Färbung mit dem Kaffe und konnte deshalb immer schöpfen aus dem warm pulserenden, praktischen Leben. Heute, wo Otto Beck nicht mehr unter uns weilt, werden alle Bürger tief empfinden, was sie an diesem Manne verloren haben, welche Stütze der Tod ihnen geraubt, welchen Führer sie haben hingeben müssen. War doch die ganze Bürgerschaft von dem Gefühl und dem Bewußtsein durchdrungen, daß die Stadt keinen besseren Hüter haben und daß die Vertretung ihrer Interessen in keiner besseren Hand ruhen könne als in derjenigen Otto Beck's. Tauchte irgend eine für unsere Stadt wichtige und bedeutungsvolle Frage auf und wußte man, daß Otto Beck sich mit ihr befaßte, dann war die Ueberzeugung, daß diese Frage zum Besten der Stadt gelöst werden würde, allgemein und unerschütterlich und sie kam in den Worten: „Unser Beck wird es schon machen!“ treffend zum Ausdruck.

So steht heute Mannheims Bürgerschaft an der Bahre ihres Stadtoberhauptes. Entfaltet ist die Hand, die so viele Jahre die Geschicke der Stadt gelenkt und geleitet und unser südtürkisches Gemeinwesen auf die stolze Höhe, die es heute einnimmt, geführt hat. Verstummt ist der Mund, dem so oft der gewaltige Fluß begeisterter und begeisternder Reden entströmte. Still ist das Herz, das für alles Schöne und Gute schlug und das so mitfühlend war gegenüber allen Mitmenschen, mögen sie nun wandeln auf den Höhen des Lebens oder mögen sie kümmerlich und irgendwo ihr Dasein fristen.

Oberbürgermeister Dr. Beck trat auch aufrichtig mit der Bürgerschaft gern und viel in Berührung und suchte den Verkehr mit allen Schichten der Bevölkerung. Es entsprach nicht seiner Art und nicht seinem Charakter, sich hochmütigen Sinnes fern zu halten von dem Volke, sondern er wollte gern und freudig unter ihm, nahm Teil an seinen Freuden, seinen Empfindungen und seinen Schmerzen. Fast überall, wo von

einem Atel von Bürgern, mochten sie nun den hohen, mittleren oder niederen Schichten angehören, eine Feier oder ein sonstiges Unternehmen veranstaltet wurde, war Oberbürgermeister Beck zu sehen. So stand er während seiner ganzen Amtszeit mitten unter der Bürgerschaft, fühlte sich eins mit ihr und die Bürgerschaft mit ihm. Verschiedene Vereine haben Otto Beck zu ihrem Protektor ernannt, um ihm dadurch auch äußerlich Dank zu zollen für die Unterstützung und Sympathie, die er ihnen entgegenbrachte. Nur eins sei besonders erwähnt: Als vor vielen Jahren die Mannheimer Liebertafel Herrn Oberbürgermeister Beck, der stets ein Freund und Gönner deutscher Männergefangenen war, zu ihrem Ehrenmitglied ernannte und ihm aus diesem Anlasse ein Ständchen brachte, wurde die ganze über 100 Köpfe starke Sängerschaft in die gastlichen Wohnräume Otto Beck's geladen und bald entwickelte sich hier ein fröhliches Bankett von so gemüthlicher und heimlicher Art, daß jeder der Teilnehmer gern an die in den gastlichen Räumen Otto Beck's verlebten Stunden zurückdenken wird.

Welch große Hochachtung und Verehrung, welche hohes Maß von Liebe Mannheims Bürgerschaft ihrem nunmehr dahingegangenen Oberbürgermeister entgegenbrachte, zeigte sich in erregender Weise, als vor etwa 2 Jahren anlässlich des 60. Geburtstages Otto Beck's, unserem Stadtoberhaupt ein Ständchen mit Ständchen dargebracht wurde. Dieser Abend gestaltete sich zu einer ergreifenden Huldigung der Mannheimer Bürgerschaft zu ihrem Oberbürgermeister, der von den Einwohnern dieses Abends auf das Tiefste gerührt war und in dieser Huldigung den Dank der Bürger für sein Wirken und sein Arbeiten im Dienste der Stadt erkliden konnte.

Trotz der lässlichen Arbeitslast, die auf den Schultern unseres Stadtoberhauptes ruhte, fand Oberbürgermeister Beck doch noch Zeit, die Pflichten in gewissenhaftester und vorzüglicher Weise auszuführen, die ihm seine vor etwa 3 Jahren erfolgte Berufung in die erste badische Kammer auferlegte. Nach genannter sich doch hohes Ansehen und großen Einfluß und bald war die Ueberzeugung allgemein, daß Otto Beck zu den bedeutendsten und geistig hervorragenden Mitgliedern der ersten badischen Kammer zählte. Bei Beginn der diesmaligen Landtagsession legte Otto Beck sein Mandat für die erste badische Kammer nieder, um sich ganz seinem Oberbürgermeisterberufe zu widmen, denn der Kreis der zur Lösung dringender Aufgaben hatte sich gerade in den letzten Monaten so erweitert, daß Otto Beck es für seine Pflicht hielt, jedweder anderen Tätigkeit, die nicht der Wahrnehmung der Interessen der Stadt dienlich, zu entsagen.

Mit freudigem Stolz erfüllte es Oberbürgermeister Beck, als er im vorigen Jahre anlässlich des südtürkischen Jubiläums zum Ehrenbürger der Heidelberger Universität ernannt wurde, jedoch war dieser Stolz nicht zurückzuführen auf Empfindungen persönlichen Ehrgeizes, sondern er war entsprungen der Ueberzeugung, daß diese Ehrengabe seiner Person eine Ehrengabe der Stadt Mannheim und des in ihr schaffenden Geistes sei.

Schwer ist die Bürde, die der unerbittliche Tod unserer Stadt geschlagen hat. Otto Beck wird allen Bürgern unvergänglich sein. Sein Geist wird fortleben in unserer Verwaltung und das Gedächtnis an diesen hervorragenden, bedeutenden Mann wird uns anspornen, auch fernerhin tätig zu arbeiten an unserem Gemeinwesen, um die Müterperiode, in die es unter der Führung Otto Beck's getreten, weiterzuführen.

Die letzten Stunden.

Der Verbliebene kränkelte schon seit vorigem Jahre. Die Symptome eines Herzleidens machten sich bemerkbar, aber doch nicht in dem Maße, daß man zu ernstlichen Besorgnissen Veranlassung gehabt hätte. Auch während der letzten vierzehn Tage war der Verbliebene aus dem Hause gefehlt. Die ihm eigene rastlose Energie, die nimmermüde Schaffenskraft ließen es aber trotzdem nicht zu, daß er seiner Berufstätigkeit völlig entsagte. Die laufenden Geschäfte wurden mit der gewohnten Promptheit und peinlichen Gewissenhaftigkeit erledigt. Noch am Sonntag veranlaßte den Verbliebenen das warme Interesse, das er allen künstlerischen Bestrebungen im Allgemeinen und dem Volkstheater im Besonderen entgegenbrachte, zum zweimaligen Besuch des heimischen Musiktempels. Nichts deutete selbst am gestrigen Tage auf das plötzliche Ende hin. In der heitersten Stimmung machte er noch in den Abendstunden mit seinem Enkel, dem vierjährigen Sohnen des Herrn Fabrikanten Mohr, mit dem Vist mehrere Fahrten. Es war gegen 10 Uhr. Der Heimgegangene saß im Wohnzimmer seiner Gattin gegenüber. Ein Notizblock lag vor ihm, in den er sich Notizen für seine Dubgetrebe machte. Er hatte gerade eine besonders humoristische Wendung zu Papier gebracht, als er plötzlich aufsprang, einige Worte stammelte und dann im Sessel zusammenbrach. Das Bewußtsein war sofort geschwunden. Nach kaum einer Minute trat der Tod ein. Alle ärztliche Hilfe kam zu spät. Das Herz, das stets so warm für unsere Vaterstadt, für die zweite Heimat des Unergrifflichen geschlagen hatte, stand für immer still.

Oberbürgermeister Dr. Otto Beck wurde am 19. Mai 1846 in Krautheim a. Jagst, Amt Taubertshausen, geboren, wurde 1871 Rechtspraktikant, 1878 Referendar, 1875 Amtmann in Baden, 1878 Amtsdorfhof in Vonnberg, 1880 Oberamtmann, im gleichen Jahre in Wolfach, 1884 in Waldkirch, 1889 in Rastatt, am 16. Oktober 1891 zum Oberbürgermeister der Stadt Mannheim gewählt, wo er den Dienst am 5. November 1891 antrat und am 11. Juni 1900 einstimmig auf weitere 9 Jahre wiedergewählt wurde.

An der Bahre trauern außer der tiefgeheugten Witwe zwei Söhne und zwei Töchter. Der älteste Sohn ist Assistenzarzt am pathologischen Institut der Universität Heidelberg, der andere studiert in Freiburg Jurisprudenz und absolviert zur Zeit eine Uebung als Referentenoffizier in Mülhausen i. El. Von den beiden Töchtern ist die Ältere seit kurzem mit dem früheren Bei-

geordneten der Stadt Köln und jetzigen Direktor der Südbadischen Diskontogesellschaft, Herrn Dr. Desse und die jüngere seit einigen Jahren mit Herrn Fabrikant Mohr vermählt. Der Verbliebene war auch Inhaber zahlreicher Ordensauszeichnungen. In feierlicher Erinnerung sind noch die mannigfachen wohlverdienten Ehrungen, die ihm anlässlich des Stadtjubiläums erwiesen wurden. Er wurde sowohl von unserem Landesherren, als auch von anderen Souveränen mit hohen Orden bedacht, die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg verlieh ihm den Dokortitel und die Stadtverwaltung zeichnete ihn durch Verleihung der goldenen Jubiläumsmedaille und dadurch aus, daß sie einer Straße in der östlichen Stadterweiterung den Namen „Otto Beckstraße“ gab.

Eine außerordentliche Stadtratsitzung

findet heute vormittag um 11 Uhr statt. In ihr werden die anlässlich der Beerdigung zu ergreifenden Maßnahmen beraten werden.

* Ernannt wurde Postassessor Ludwig Hieronimus von Mannheim unter Verleihung des Titels Postamtmann zum zweiten Beamten der Postverwaltung.

* Jüdische Frauen-Vereinigung. Wir möchten nicht veräumen, auch an dieser Stelle auf den am Mittwoch, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel National stattfindenden Lieber- und Regitations-Abend aufmerksam zu machen. Zum Vortrage kommen Heinesche Lieber mit Klavierbegleitung und Regitationen desselben Meisters. Da die Mitwirkenden sehr begabte Mitglieder unseres Vereines sind, dürfen wir auf einen genussreichen Abend rechnen und deshalb ein volles Haus mit zahlreichem Publicum erwarten.

* Aufgekauft Geld. Es wurden aufgefunden: am 11. März auf dem Bahnhöfe in Bahl der Betrag von 6 M.; am 17. März auf dem Hauptbahnhöfe in Karlsruhe ein Geldbeutel mit 4 M. 30 Pf.; am 18. März im Zug 764 ein Geldbeutel mit 6 M. 51 Pf., abgehört in Appenweier; am 19. März auf dem Bahnhöfe in Mülheim der Betrag von 10 Mark.

* Das Wiener Parfums-Ensemble, das während des Monats März mit so durchschlagendem künstlerischen Erfolge im Apollotheater gastierte, nimmt heute Dienstag abend endgültig von hiesigen Bühnen Abschied. Das Ensemble hat den Mannheimern durch seine amüsanten Einakter so viele belustigende Stunden bereitet, daß es nicht mehr als recht und billig ist, wenn am letzten Abend ein wohlbesetztes Haus den feinden Wienern Gelegenheit gibt, mit angenehmen Empfindungen unsere Stadt zu verlassen. Verweise deshalb heute kein Freund der von dem Ensemble gestiegenen Muse den Besuch des Apollotheaters!

* Das Thalia-Theater P. 7. 1. bietet in dieser Woche seinen Besuchern ein überaus interessantes Programm, aus welchem speziell die Produktionen der berühmten Niederländerin Wilhelmi hervorzuheben sind. Von den weiteren Darbietungen sei noch besonders erwähnt, die „Vestalin“, eine äußerst wirkungsvolle, durch Barockeffekte belebte dramatische Handlung, welche uns in das alte Rom versetzt. Durch einige vorzügliche Tonbilder, sowie durch Bilder lehrreichen und humoristischen Inhalts, u. A. die Champagnerfabrikation, die erste Pijarre des Brimborst, verdient das Programm das Publicum vorzüglich. Die Kinderdarstellung an jedem Mittwoch-Koncerttag wie auch der Volkstag an jedem Freitag zu herabgesetzten Preisen, erfreuen sich großer Beliebtheit, wie der jeweilige Besuch erkennen läßt.

* Aus Ludwigshafen. Der am 24. März in der Fabrik von Stinlin verunglückte Lehrling 20 Jahre alte Schlosser R. Matthes ist seinen Verletzungen erlegen. — Gestern Vormittag zwischen 5 und 6 Uhr wurde ein 4 Jahre alter Knabe, der weder seine Wohnung noch seinen Namen angegeben wußte, in der Ludwigstraße aufgegriffen und in dem Hause Woystraße 18 untergebracht. Bis jetzt haben sich seine Eltern noch nicht gemeldet.

* Unwetter am 1. und 2. April. Für Mittwoch und Donnerstag ist fortgesetzt milde, aber vielfach bewölkte und auch zu vereinzelt Niederschlägen geneigte Wetter zu erwarten.

Platz, hessen und Umgebung.

K. Reustadt a. d. N. 30. März. Gestern nachmittag fand dahier im oberen Saale der Wingerzogenossenschaft die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Verbandes bayerisch-pfälzischer Zimmermeister G. V. statt. Der Vorsitzende, Herr Kutterer-Ludwigshafen, eröffnete die Versammlung mit begründeten Worten und gedachte sodann des Kollegen Karl Aus-Birmansens in einem, in herzlichen Worten gehaltenen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Des weiteren begrüßte der Redner den Vorsitzenden der Zimmermeister-Vereinigung Mannheim, Herrn Friß als gern gesehnen Gast und den neuen Sekretär des Bundes deutscher Zimmermeister, Herrn Schneider-Mannheim. Dem vom Vorsitzenden erläuterten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß dem Verbande im abgelaufenen Jahre (1907) 29 selbständige Zimmermeister beitraten, sodas die Gesamtzahl der Mitglieder am Schluß des Rechnungsjahres auf 148 gestiegen ist. Zwei Versammlungen mit Vorstandssitzungen wurden abgehalten. Auch sonst bezeichnete der Bericht eine intensive Tätigkeit des Verbandes auf allen, das Zimmergewerbe berührenden Gebieten. Herr Karl Mayer-Frankenthal erläuterte den Kassensbericht. Darnach bezugten die Einnahmen des Verbandes M. 949.26, die Ausgaben 724.20 Mark, sodas ein Kassensaldo von M. 225.19 verbleibt. Sowohl gegen den Tätigkeits- als auch den Kassensbericht wurden keinerlei Einwendungen erhoben. Die Resourcen des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen verbieneten Vorstandsmitglieder, nämlich der Herren Kutterer-Ludwigshafen als erster Vorsitzender, Pfeiffer-Ludwigshafen als stellvertreterender Vorsitzender und R. Mayer-Frankenthal als Kassier. Sämtliche Herren nahmen die Wahl dankend an, verbanden aber damit die Bitte, daß sie von Seiten der Mitglieder in den Vorträgen des Verbandes mehr als bisher unterstützt würden. Es folgte hierauf die Berichterstattung der Innungs- und Bezirksvorsteher, an die sich eine sehr lebhaft Debatt anknüpfte. Die Referate der Herren Zimmermeister Friß-Mannheim über Innungsinnungen und des Sekretärs Schneider über die gegenwärtige Lage des Handwerks wurden mit höchstem Beifall aufgenommen. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben hatte, daß die nächste Generalversammlung infolge Statutenänderung erst im Juli oder August 1909 stattfinden, schloß Herr Kutterer nach stündlichen Verhandlungen mit herzlichen Dankworten die angeregte verlaufene Versammlung.

Stimmen aus dem Publikum.

Ein Sämergenhacker aus dem Jungbusch! „Kobeg ein Verbrechen“ nannte es ein Stadtrat in der Bürgerauskunftung vom 17. d. M., daß der einzige wahren-

Platz auf dem Jungbusch nun auch noch bebaut werden soll! In der Tat herrscht auf dem Jungbusch nur eine Stimme, daß es eine schwere, nie wieder gut zu machende Verhängung an diesem Stadteil bedeutet, wenn die einzige Gelegenheit, ihm einen Spiel- und Erholungsplatz zu gewähren, jetzt veräußert wird!

Es sind fiskalische Gründe, Rücksichten der Sparbarkeit, die zugehendenermaßen die Stadtratmehrheit zu ihrem Verhalten veranlaßt haben. Der Platz sei zu teuer. Herr Bürgermeister Martin meinte, der ganze Platz würde 70 000 Mark kosten. Sicher würde sich dieser Betrag bei ernstlichen Verhandlungen mit der Domäne und Geltendmachung der richtigen Gesichtspunkte ganz bedeutend verringern. Denn schließlich hat auch die Domäne alle Veranlassung, den hier vorliegenden schwerwiegenden Interessen Rechnung zu tragen. Aber wenn selbst jene Preisberechnung richtig wäre, was bedeutet ein Zinsaufwand von 2900 M. jährlich bei einem Millionenbudget zu einer Zeit, wo für Luxus- und Lieblingspaddel viele Tausende jährlich geopfert werden!

Hat man denn schon berechnet, welcher Zinsaufwand der Stadt durch den Tennisplatz erwächst, in einem Stadtwiertel, wo der Krusenpark sich anschließt und Anlagen genug sind? Dort kann die Liebe gar nicht reich genug anströmen, wird die Hälfte der Gärten nur so ausgeschüttet, und hier sind ein paar Quadratmeter doch zu wenig und ein paar Quadratmeter mehr schon zu teuer! Auch dies nicht zur gerechten Entlastung der Betroffenen auf dem Jungbusch führen? Verfolgen denn hier alle die wichtigsten Gesichtspunkte der hygienischen und kulturellen Notwendigkeit, der Rücksichtnahme und Fürsorge für die heranwachsende Generation völlig?

Der Jungbusch ist überaus dicht besiedelt, nur von arbeitender Bevölkerung bewohnt, eine Halbinsel, die von zwei Seiten von Redar und Hafen eingeschlossen ist und mit der dritten Seite von der Innenstadt begrenzt wird. Der Fußverkehrverkehr ist enorm, härter als in jeder anderen Gegend der Stadt. Er wächst seit der Eröffnung der neuen Redarbrücke täglich. Wer den Jungbusch kennt, versteht aus eigener Anschauung, wie notwendig, zumal für die Frauen und Kinder, der Erholungsplatz ist. Besonders im heißen Sommer bedeutet er ein dringendes, unabweisbares Bedürfnis. Die Groß-Regierung und die Herren Landtagsabgeordneten haben sich diesen Gesichtspunkte keineswegs verschlossen. Wenn so der Widerstandspunkt tatsächlich bei der Stadtratmehrheit zu suchen ist, kann es füglich nicht Wunder nehmen, daß sich der Jungbusch zum Protest aufreißt und Kundgebungen in dieser Richtung beschreiben.

Viele Jungbuschbewohner.

Von Tag zu Tag.

— Tod in den Flammen. Breslau, 30. März. Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Neurode: Beim Brande eines Wohnhauses in Genterbrunn bei Neurode kamen der Besitzer und sein Sohn in den Flammen um.

— Selbstmord einer Generalgattin. Basel, 31. März. Am Dienstag, 24. März, fiel in einem Hotel ein preussischer Generalmajor a. D. mit seiner Gemahlin ab und bezog ein gemeinsames Zimmer. Am folgenden Morgen wurde die Frau mit mehreren Stichen in Hals und Brust tot aufgefunden. Der Begleiter der Dame wurde als des Mordes verdächtig zur Polizei gebracht, wo er in durchaus ruhiger Weise, ohne daß die geringste Aufregung zu beobachten gewesen wäre, erklärte, daß die Frau Selbstmord begangen haben müsse, er selber sei an deren Tod unschuldig. Dasselbe sei geistig nicht ganz normal, und ein Angehöriger ihrer Familie hätte ebenfalls Selbstmord begangen. Der Generalmajor hinterlegte eine Summe von nicht sehr hohem Betrage und gab das Ehrenwort als Offizier, daß er sich nicht von Basel entfernen wolle. Von seiner Inhaftierung wurde darum vorderhand Abstand genommen. Das Messer, mit dem die tödlichen Stiche ausgeführt wurden, wurde unter der Leiche gefunden. Wie dasselbe dorthin gekommen, vermochte der Mann der Toten auch nicht anzugeben. Durch die amtliche Untersuchung ist jetzt festgestellt worden, daß der mysteriöse Todesfall tatsächlich auf Selbstmord zurückzuführen ist. Der Gatte der verstorbenen Dame, ein deutscher General a. D. — weder der Hotelier noch die Polizei geben den Namen bekannt — befindet sich bereits auf freiem Fuße. Ein Verwandter der verstorbenen Generalin, ein hoher Ministerialbeamter aus Karlsruhe, konnte die Angaben des Gatten bestätigen, daß dessen Frau nervenleidend gewesen, auch daß ein Bruder und eine Schwester von ihr durch Selbstmord endeten. Das „W. L.“ nennt die Namen der Beteiligten, welche die Baseler Polizei verhaftete; es sind Generalmajor J. D. Barnowski und Gemahlin aus Posen. Nach dem gleichen Worte hatten die Gatten einen heftigen Wortwechsel, nach welchem die Frau den Selbstmord verübte.

— Heberfall auf einen Bahnzug. New York, 31. März. Nach Meldungen aus Newton in Kansas hielt eine Räuberbande den Santa Fe-Zug an, ermordete den Expressboten und stoh mit einer Beute von 1000 Dollars und einer Anzahl Schmuckstücken.

— Brandstiftung. Berlin, 31. März. Dem „Berl. Lokalanz.“ zufolge ist ein größeres Anwesen in Groß-Brand bei Heiligenhaus eingeschert worden. Sämtliches Vieh verbrannte. Die Bewohner konnten sich mit knapper Not retten. Auch in anderen Ortschaften erhielten einzelne Gutsbesitzer wiederum Drohbriefe.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Stuttgart, 30. März. Die württembergischen Freien Gewerkschaften nahmen gestern in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu dem Entwurf betreffend Errichtung von Arbeitskammern. Es wurde eine Resolution beschlossen, worin der Entwurf für unannehmbar erklärt wird und die Schaffung von Arbeitskammern gefordert wird. Die christlichen Gewerkschaften sowie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften hatten die Teilnahme an der Versammlung abgelehnt. Der württembergische Minister des Innern, Dr. Fischer, war ebenfalls eingeladen worden, hat jedoch die Entsendung eines Vertreters des Ministeriums abgelehnt mit der Begründung, daß die Regierung bereits eingehend über die Auffassung der Arbeiter hinsichtlich des Entwurfs sich informiert habe.

* Stuttgart, 30. März. Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den Redakteur und Landtagsabgeordneten Heymann des sozialdemokratischen Witzblattes „Der wahre Jakob“ wegen Verleumdung der Breslauer Polizei, begangen durch Veröffentlichung des Bildes „Das Pfingstwunder von Breslau“, zu 150 M. Geldstrafe. Dem Polizeipräsidenten wurde außerdem Publikationsbefugnis zugesprochen.

* Berlin, 31. März. Wie die „Post. Ztg.“ hört, ist zu der Verhandlung über die Revision des Angeklagten im Prozesse Molke-Harden, die 53 Verträge gegen das Gesetz behauptet, Termin vor dem Reichsgericht auf den 3. Mai anberaumt.

* Paris, 31. März. Die Reise des Präsidenten Fallières nach Stockholm ist nunmehr endgültig für die zweite Hälfte des Juni angelegt.

Der Fall Tower-Hill.

* Frankfurt, 31. März. Zu der offiziellen, an anderer Stelle des Blattes wiedergegebenen Darstellung des Falles Hill-Tower, schreibt der Berliner Korresp. der „Frankf. Ztg.“: Das, was die „Nordd. Allg. Ztg.“ halbamtlich über den Fall Hill mitteilt, ist nicht geeignet, den peinlichen Eindruck zu beseitigen, daß in diesem Falle wieder einmal eine an sich nicht als gemeinte persönliche Äußerung des Kaisers politische Vertuschung im Auslande und noch dazu bei einem bestreuten Solde und seinem Präsidenten hervorgerufen hat. Die halbamtliche Mitteilung verstärkt sogar den peinlichen Eindruck. Sie stellt fest, was man wußte, daß bereits im vorigen Herbst das Agreement für Herrn Hill als Vorkäufer erteilt worden ist, und tatsächlich ist dieser Herr auch schon im Herbst oder Winter zum Vorkäufer in Berlin ernannt worden. Nach den bisherigen offiziellen Darstellungen mußte man annehmen, und das ist auch wohl das Richtige, daß der Kaiser gelegentlich dem bisherigen Vorkäufer Herrn Tower sein Bedauern über seinen Rücktritt ausgesprochen und dabei erwähnt hat, daß Herr Hill, weil er nicht reich ist, wie Herr Tower, seine Stellung nicht so glänzend wie dieser repräsentieren werde. Das kann eine lebenswürdige Anerkennung der Verdienste und Repräsentation des Herrn Tower gewesen sein, eine Schmeichelei, wie man sie wohl in der Unterhaltung einmal ausspricht, und daß sie weitergetragen und zur Kenntnis des Staatsdepartements und des Präsidenten Roosevelt gekommen ist, galt für eine indirekte, vielleicht intrigante Zustimmung dieser privaten Äußerung des Kaisers. Nach der jetzigen halbamtlichen Mitteilung aber, die den Zweck hat, den Kaiser zu deden, sieht es aus, als ob Bedauern amtlicher Natur oder an amtlicher Stelle nachträglich gegen Hill laut geworden wären. Wenn diese Zweifel, wie man annehmen muß, sich lediglich auf die Vermögensverhältnisse des Herrn Hill bezogen haben, so wird das in Deutschland wie in Amerika nicht recht verstanden werden und eine Vertuschung wird zurückbleiben.

In den freundlichen Gesinnungen des Kaisers für die Vereinigten Staaten ist nicht zu zweifeln, aber man wird es wahrscheinlich in Amerika nicht verstehen, daß er für die Stellung eines Vorkäufers so großen Wert auf Vermögen und die daraus sich ergebende Möglichkeit gesellschaftlicher Repräsentation legt. Außerdem erfährt man aus dieser Darstellung, daß Herr Tower diesen Vermögensbezug auf Wunsch des Kaisers gegen Herrn Hill als Vorkäufer nach Washington hin geltend gemacht hat. Dadurch liegt die Sache einleuchtend, als man sie ursprünglich aufgefaßt hat, und eines ist sicher: der weibliche Wunsch, daß der Kaiser sich persönlicher Eingriffe, namentlich in die heiligen Beziehungen zu fremden Staaten enthalten möge, wird aus diesem Anlaß noch stärker werden, als bisher.

Zeis im Postbein.

* Paris, 31. März. Die royalistische Vereinigung Action Française hielt gestern Abend eine von gegen 1500 Personen besuchte Protestversammlung gegen die Ueberführung der Ueberreste Jolas ins Pantheon ab. Leon Daudet, Graf Leon de Montequieu und andere führten heftige Reden. Ein Frau, welche einen Redner mit Hochrufen auf die Republik unterbrach, wurde aus dem Saale gewiesen.

Marokko.

* Paris, 31. März. Aus englischer Quelle wird hierher gemeldet, daß General Bianchi wahrscheinlich eine Zusammenkunft mit Mulay Hafid haben wird, um über die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens im Schangajebiete zu verhandeln. Von anderer Seite wird dagegen aus Casablanca gemeldet, daß der französische Gesandte dem Vertreter Mulay Hafids, dem ehemaligen französischen Marineoffizier Raffier erklärte, daß er mit Mulay Hafid keine Verhandlungen wegen der Pacifizierung des Schangajebietes pflegen werde; Mulay Hafid habe sich zunächst Abdul Afis zu unterwerfen.

Barcelona.

* Madrid, 31. März. Einer der Mitangeklagten Kalls, namens Ferran, beging in der vergangenen Nacht im Gefängnis in Barcelona Selbstmord. Diese Nachricht rief in Spanien großes Aufsehen hervor.

Aus Rußland.

* Petersburg, 31. März. Die ganze vergangene Nacht hindurch fanden in allen Stabteilen Stasitzungen statt. Zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt, besonders in Petersburgs Öfirov, wo eine neue revolutionäre Organisation entdeckt wurde. Dort wurden eine große Menge verbotener Bücher, Adressen, Dokumente usw. aufgefunden. Unter den Verhafteten bestanden sich namentlich viele Frauen.

* Odessa, 31. März. Hier fanden abermals am 30. März blutige Zusammenstöße zwischen bewaffneten Banden des sogenannten russischen Volkes statt infolge der Streitigkeiten über die Wahl des Präsidenten des Bundes.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

□ Berlin, 31. März. Wie die „Zgl. N.“ erfährt, wollen nationalliberale und konservative Abgeordnete die Regierung wegen ihrer Stellung zur Umwandlung des Fideikommisses des Hauses Rastau in eine Luxemburgische Kronodotation befragen.

Fürst Bülow in Wien.

□ Berlin, 31. März. Fürst Bülow äußerte sich, wie aus Wien gemeldet wird, entzückt über seinen angezeichneten Empfang, über die Güte des Kaisers und herzliche Aufnahme beim Thronfolger. Die Besprechung Bülows mit Rehrenthal betraf unter anderem die Frage, ob das Vorgehen aller Franzosen in Marokko mit dem Geiste und dem Inhalt der Agadir-Akte vereinbar sei.

Der Fall Hill-Tower.

□ Berlin, 31. März. Die Hillfäure ist noch immer unerfreulich gelagert. Aus Washington wird von maßgebender Seite behauptet, das Staatsdepartement sei tatsächlich entschlossen, die Kontroverse dadurch zu beendigen, daß für Hill ein anderer Mann genommen wird, da sonst die wünschenswerten Unbefangenheit auf beiden Seiten notwendigerweise fehlen müßte. Trotz der freundschaftlichen Erklärungen der deutschen Regierung erwartet man den baldigen Rücktritt Towers.

Volkswirtschaft.

Rheinische Creditbank Mannheim.

w. Der Reingewinn für das Jahr 1907 nach Vortrag aus dem Vorjahre von 1 Mill. beziffert sich auf M. 7559 947,58. Die Dividende wird wie im Vorjahre mit 7 Proz. vorgeschlagen. Auf neue Rechnung werden dann M. 1 Mill. vorgelagert. Einen ausführlichen Bericht werden wir im Abendblatt bringen.

Preussische Central-Hodenkredit-Aktiengesellschaft.

Im Inzeratenteil dieser Nummer veröffentlicht die Preussische Central-Hodenkredit-Aktiengesellschaft einen Prospekt über eine neue Ausgabe von unzerlösbaren 4proz. Kommunalobligationen vom Jahre 1908, welche sich im wesentlichen von den bereits im Umlauf befindlichen 4-prozentigen dadurch unterscheidet, daß sie bis zum Jahre 1917 unzulässig ist. Eine Auslosung findet auch bei dieser Anleihe überhaupt nicht statt. Eine etwaige Rückzahlung kann nur nach vorausgegangenem 6monatlicher Kündigung des gesamten Betrages oder einzelner Serien frühestens vom 2. Januar 1917 ab erfolgen und zwar nur innerhalb der ersten 8 Tage des Monats Januar bezw. Juli, so daß sich die Kontrolle außerordentlich vereinfacht. Für die pünktliche Zahlung von Kapital und Zinsen der Kommunalobligationen haften die in das Kommunal-Darlehensregister eingetragenen Darlehensforderungen. Dies sind Darlehne, welche Preussische Körperschaften des öffentlichen Rechts (Provinzen, Kreise, Städte, Landesmeliorationsgesellschaften u. a.) mit Genehmigung ihrer zuständigen Aufsichtsbehörde bei der Gesellschaft aufgenommen haben. Jede Kommunalobligation ist mit einer Bescheinigung des die Aufsicht über die Gesellschaft führenden Staatskommissars versehen, daß die Kommunalobligation vorschriftsgemäß durch Darlehne der bezeichneten Art gedeckt ist. Die Kommunalobligationen sind nach dem Gesetz in Preußen mündelsichere Papiere, d. h. es können darin die Kapitalien von Minoritäten und Kapitalisten von Sparlosen, Stiftungen, Kirchen, Gemeinden usw. angelegt werden, für welche die Bestimmungen über Verwaltung von Mündelvermögen anzuwenden sind.

Zu der am Samstag, den 4. April cr. stattfindenden Subskription auf 16000000 Mark 4proz. Kommunalobligationen ist der Zeichnungsbetrag auf 98,60 Prozent festgelegt. Die Einführung und erste Kursnotiz an der Berliner Börse wird gegen Mitte April cr. erfolgen; die Zulassung ist bereits genehmigt und wird auch an den Börsen von Frankfurt a. M., Köln, Breslau, Dresden, Hamburg und Leipzig beantragt werden. Die Stücke sind in Abchnitten zu 5000, 3000, 1000, 500, 300 und 100 Mark ausgefertigt und mit Zinscheinen, per 2. Januar und 1. Juli fällig, versehen. Zeichnungen werden bei den im Prospekt bezeichneten Firmen entgegengenommen, und zwar in Mannheim bei der Mannheimer Bank, Aktiengesellschaft und Süddeutschen Diskontogesellschaft u. S.

Schmack in Mannheim vom 30. März. Antlicher Bericht der Direktion.) Es wurde bezahlt für 50 Kilo Schlachtwert: 80 Oshen a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes höchstens 7 Jahre alt 82—90 M., b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete 80—90 M., c) mäßig genährte junge, und genährte ältere 76—80 M., d) geringe genährte jeden Alters 74—80 M., 38 Kullen (Karten): a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 84—88 M., b) mäßig genährte jüngere u. aus genährte ältere 82—90 M., c) geringe genährte 80—90 M., 855 Kälber v: (Minder) und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Kühen, Minder höchsten Schlachtwertes 78—78 M., b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 64—68 M., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe, Kühen und Minder 60—70 M., d) mäßig genährte Kühe, Kühen u. Minder 66—68 M., e) geringe genährte Kühe, Kühen und Minder 50—54 M., 293 Kälber: a) keine Mast (Kollm., Mast) und beste Sauglälber 95—100 M., b) mittlere Mast u. gute Sauglälber 90—100 M., c) geringe Sauglälber 85—90 M., d) ältere geringe genährte (Kreiser) 80—90 M., 4 Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 70—90 M., b) ältere Mastlamm 65—90 M., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschafe) 60—90 M., 1962 Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 58—60 M., b) fleischige 57—60 M., c) geringe entwickelte 58—60 M., d) Sauen und Eber 48—52 M., Es wurden bezahlt für das Stück: 000 Kugelpferde: 000—0000 M., 00 Arbeitpferde: 000—0000 M., 00 Pferde zum Schlachten: 00—000 M., 000 Zucht- und Ruhvieh: 000—0000 M., 00 Stück Mastvieh: 00—00 M., 00 Milchvieh: 000—00 M., 000 Ferkel: 00,00—00,00 M., 11 Biegen: 12—25 M., 51 Aidelstein: 3—6 M., 0 Kammern: 00—00 M., Rulammen 3246 Stüd. Handel mit Großvieh und Schweine mittelmäßig, mit Ralber lebhaft.

Wasserstands Nachrichten im Monat März.

Regelationen vom Rhein:	Datum:					Bemerkungen	
	26.	27.	28.	29.	31.		
Ronflanz	2,90	2,78					
Waldshut	1,77	1,89					
Dänningen)	1,53	1,48	1,44	1,45	1,35	1,75	Abd. 6 Uhr
Rehl	2,04	2,01	1,99	1,97	1,97	1,98	9, 8 Uhr
Lauterburg	5,53						Abd. 6 Uhr
Magen	3,60	3,60	3,57	3,53	3,51	3,48	2 Uhr
Bermersheim	3,19						B-F. 12 Uhr
Mannheim	2,90	2,92	2,87	2,82	2,77	2,76	Morg. 7 Uhr
Wainz	0,82	0,83	0,81	0,77	0,72		F-F. 12 Uhr
Singen	1,63						10 Uhr
Rano	1,90	1,83	1,90	1,85	1,81		2 Uhr
Rohlenz	2,94						10 Uhr
Röhl	2,28	2,20	2,18	2,15	2,11		2 Uhr
Ruhrort	1,59						6 Uhr
vom Neckar:							
Mannheim	3,04	3,04	2,99	2,94	2,85	2,85	3, 7 Uhr
Heilbronn	1,18		1,05	1,01	1,01	0,95	3, 7 Uhr

*) Westwind, Bedekt, + 5° C.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Kunst, Feuilleton und Vermischtes: Alfred Beetschen; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönlender; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Apfel; für den Inzeratenteil und Geschäftliches: Franz Erdner. Druck und Verlag der Dr. G. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.

Hunyadi János

Bitterquelle seit 40 Jahren bewährt. Lassen Sie sich nichts MINDERWERTIGES aufrängen und verlangen Sie das ECHTE mit Namenszug SAXLEHNER.

Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

134. Sitzung, Montag, 30. März.

Am Tische des Bundesrats: Sigt v. Armin, Dr. Sydow, Wermuth, Tweste, v. Lohm, v. Waller des Barres, v. Dorret, v. Salza, v. Gebfattel.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten mit der Mitteilung, daß vom Hamburger Senat ein Dankschreiben für die Weisheitsänderung des Reichstags aus Anlaß des Hinscheidens des Bürgermeisters Dr. Rönneberg eingegangen ist.

Dritte Sitzung des Etats. (Dritter Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt beim Etat der Verwaltung des Reichsheeres.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bgg.)

beantragt, einen neuen Stabschef als Vortragenden Rat beim Kriegsministerium zu bestellen unter Erteilung einer Stelle eines inaktiven Offiziers beim Kriegsministerium für die Expedition nach Ostasien.

Abg. Erzberger (Zentr.)

Wir schaffen damit einen Präzedenzfall für eine Eraserhöhung durch den Reichstag. Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag. Die gesetzlichen Vorschriften sind bei der Pensionierung des Majors Graf Lynar nicht eingehalten worden. Es stimmt etwas nicht dabei. Das Offizierspensionsgesetz ist verletzt worden. Diese Pensionsgewährung steht wie ein Pfahl im Rechtsbewußtsein des deutschen Volks. Wir sind von zahlreichen Offizieren Zuschriften ausgegangen, die diese Pensionierung für ungesetzlich halten. Der Redner bedauert, daß für Waffen- und Munitionsfabrikationen die Firma Krupp und die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken geradezu ein Monopol haben. Dadurch werden die Preise in unverantwortlicher Weise in die Höhe getrieben. Im finanziellen Interesse des Reichs hat die Militärverwaltung die Pflicht, die Lieferungen möglichst zu verteuern. Der Kampf gegen die Monopole muß mit aller Kraft geführt werden.

Schafjäger Dr. Sydow:

Wir halten an dem Grundfest fest, daß vom Reichstage Erhöhungen der Ausgabenpositionen einseitig vorgenommen werden dürfen. Der Antrag verstoßt aber auch nicht gegen diesen Grundfest. Es handelt sich nur um die Verschiebung einer Stelle vom Extraordinarium ins Ordinarium. Wir sind mit dem Antrag einverstanden.

Generalleutnant Sigt v. Armin:

Nach wie bitten um Annahme des Antrages.

Abg. Singer (Bgg.):

Wir bitten, die namentliche Abstimmung erst in einigen Tagen vorzunehmen.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Um der Verabschiedung des Etats keine Schwierigkeiten zu machen, ziehe ich meinen Antrag zurück. (Stimmzeit.)

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Die Art und Weise der Pensionierung des Grafen Lynar hat in weiten Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Es lag kein Grund zur Pensionierung vor. Die Pensionierung soll nach dem Gesetz nur stattfinden, wenn der Betreffende dienstunfähig ist. Graf Lynar ist aber pensioniert worden, weil sein Kommandeur ihm erklärte: „Du bist nicht mehr würdig, Offizier zu sein!“ Ein Monopol bei Waffenlieferungen wünschen wir in keiner Weise. Die Heeresverwaltung muß für die nötige Konfurrenz sorgen. Auch bei der demnächstigen Vergebung von Maschinenangeboten darf nicht einseitig eine Bevorzugung einer großen Firma stattfinden.

Ich halte mich für verpflichtet, eine Bemerkung zu machen, die ich am 3. Dezember v. J. nebenher gemacht habe, zurückzunehmen. Ich sagte damals, es seien auch meine Informationen in den Offiziellen über den Grafen Wölke geflossen worden von den jüngeren Herren, und habe daraus den Vorwurf abgeleitet, daß der Kriegsminister nicht genügend orientiert gewesen sei. Ich habe nun nachträglich nicht ermitteln können, daß das, was ich damals gesagt habe, vollständig zutrifft. Ich nehme gar keinen Anstand zu erklären, daß ich damals in meinen Ausführungen zu weit gegangen bin und diese Aussage zurückzunehmen.

Generalleutnant Sigt v. Armin:

Ich habe seinerzeit gesagt, daß Graf Lynar mit Pension bedacht worden war, weil ein Dienstunfähigkeitsattest vorlag, und ich habe angeführt, ob im übrigen an irgend einer Stelle eine Verletzung zu verzeichnen ist, das ist Sache der gerichtlichen Untersuchung. Der Abg. Erzberger wundert sich nun darüber, daß die Untersuchung irgend eine Unstimmigkeit ergeben haben solle. Ich wundere mich über diese Mitteilung auch, denn mir ist von einem solchen Ergebnis nichts bekannt. Meines Wissens ist über diese Gerichtsuntersuchung noch. Die Angaben des Abg. Erzberger über die Pensionierung von Firmen sind nicht zuverlässig. Detaillierte Angaben kann ich darüber nicht machen, da das die Interessen des Reichs sowohl wie die der deutschen Industrie berühren und eventuell schwer schädigen könnte. Bei Vergebung von Lieferungen sind in jedem Einzelfalle besondere Rücksichten maßgebend. Einmal müssen wir auf Geheimhaltung der Anfertigung halten. Bei gewissen Gegenständen sind wir an bestimmte Firmen gebunden, weil sie für die betreffenden Gegenstände ein Patent besitzen. In einem dritten Falle müssen wir wieder mit der Leistungsfähigkeit der Fabrik rechnen, da wir das Material an einem bestimmten Tage haben müssen. Aber trotzdem sind wir bestrebt, jedes Monopol zu vermeiden. Weder Krupp besitzt ein Monopol, noch die Deutsche Waffenfabrik. Es sind eigentlich große Gesichtspunkte bei der Vergebung der Lieferungen, die wir im Auge haben müssen, einmal, daß wir unsere eigenen Fabriken dauernd beschäftigen, damit wir möglichst Arbeiterentlassungen vermeiden können. Demgegenüber steht andererseits der Gesichtspunkt, daß einzelne Firmen große Verpflichtungen für den Mobilmachungsfall übernommen haben, und daß wir deshalb bestrebt sein müssen, diese Firmen durch dauernde Bestellungen zu beschäftigen, im Kriegsfall ihre Verpflichtungen nachzukommen. In Bezug auf die Maschinengewehre besteht ebensowenig ein Monopol wie auf irgend einem anderen Gebiete. Es ist aber nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt bekannt, daß Krupp, was Qualität des Materials und was Güte der Arbeitsleistung anbetrifft, an der Spitze marschiert. Das ist auch ganz selbstverständlich bei dem langen Bestehen dieser Firma und bei den Mitteln, über die sie verfügt.

Aber bei Gegenständen, die andere Fabriken in genügender Weise auch liefern können, hat die Heeresverwaltung jedesmal die freie Konkurrenz bestehen lassen. Das wird sie auch in Zukunft tun. Die Firma Ehrhardt ist dauernd von der Heeresverwaltung ebenfalls mit weitgehenden Aufträgen betraut gewesen, und die Firma Ehrhardt hat auf manchem Gebiete sogar den Löwenanteil von Lieferungen erhalten. Die Heeresverwaltung hat auch diese Firma durch Rat und Tat bei der Einrichtung ihrer Fabrik, ihrer Schießplätze usw. unterstützt. Die Firma erkennt das auch an. Auch bei dem Patentstreit zwischen Krupp und Ehrhardt hat die Heeresverwaltung sich mit keinem Wort und Schriftzeichen weder für die eine noch für die andere Partei ins Zeug gelegt. Wenn Firmen ein Patent von Geschützteilen besitzen, so suchen wir die anderen Teile bei anderen Firmen zu bestellen, und setzen dann in unseren Fabriken das Geschütz zusammen. Wer von diesen Dingen etwas versteht, der wird aber auch zugeben müssen, daß eine zu große Zersplitterung auf diesem Gebiete absolut unmöglich ist. Der deutsche Reichstag hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, daß die besten Waffen und die beste Munition dem deutschen Heere in die Hand gegeben werden muß. Darum müssen wir in jedem einzelnen Falle genau prüfen, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Bei einer zu großen Zersplitterung stellen sich viele Hindernisse ein. Die Fabriken nehmen dann, wenn wir nur vorübergehend sie beschäftigen, schon viele Arbeitskräfte an und verkaufen sich auch mit großen Rechnen. Wenn wir dann wieder abgeben von der Fabrik heißt es, wir haben nun Arbeitskräfte angenommen, haben Maschinen angeschafft, was soll nun werden? Es liegt also im Interesse der Industrie selbst, wenn wir bei der Vergebung der Aufträge und nicht zu sehr zersplittern. Wir müssen mit den uns bewilligten Mitteln sehr haushalten und müssen jeden Groschen zehnmal umdrehen, ehe wir ihn ausgeben. Wie die Sache am praktischsten und am Billigsten zu machen ist, danach wird verfahren. Infolgedessen ist das Verfahren in jedem einzelnen Falle verschieden. Von monopolistischen Bestrebungen kann gar keine Rede sein.

Generalmajor v. Gebfattel:

Wir in Bayern haben z. T. eigene Waffenfabriken. Wir lassen aber auch diese Aufträge durch Preußen besorgen, weil das einfacher und billiger ist.

Abg. v. Oldenburg (kons.):

Es sind sehr heftige Angriffe gegen mich in der Presse erhoben worden, weil ich in der zweiten Lesung erklärt habe, daß St. Privat hätte die Garde 315 Offiziere auf dem Felde gelassen. Es wurde hervorgehoben, daß auf jeden Junker sehr viele Bürgerliche kommen. Ich habe die gefallenen Gardeoffiziere nur erwähnt, weil die Garde angegriffen worden ist. Ich wollte damit keineswegs andere Regimenter zurückstoßen. Wenn hier z. B. der Anstand angegriffen wird, dann sollen doch damit nicht alle anderen Regimenter beleidigt werden. Ich würde dem Offiziersstand ins Gesicht schlagen, wenn ich mich hier hinstellen und sagen würde: Von diesen 315 Offizieren sind 250 Müdige gewesen. Unsere Offiziere fühlen sich als gleich, ob sie nun mit Königsulage in Kessel gehen mit dem Gehalt eines Viehhirten, oder ob sie in der Großstadt sind, weil sie bei der Auswahl ihrer Eltern vorzuziehen sind. Wenn nun das Berliner Tageblatt und Herr Goebel mich dreist der Gefährdung beschuldigen, so können Sie mir glauben, daß diese Gesellschaft mir gleichgültig ist.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Die Pensionierung des Grafen Lynar war ein Schlag in das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes. Graf Lynar war einmal auch in Afrika, aber nicht um dort zu sterben, sondern um dort ohne die Beschränkungen des Strafbüchchens zu leben. Er war damals auch schon Offizier in demselben Regiment. Vielleicht erzählt der Kriegsminister auch einmal etwas von den Abenteuern dieses Herrn in Jangibar, wo er aus der Deutschen Gesellschaft wegen seiner Rartlichkeit exkludiert wurde. Lynar ist vor dem Kriegsgericht freigesprochen worden, weil er das Glück hatte, daß alle ihm nachgewiesenen strafbaren Handlungen verjährte waren, und was noch nicht verjährte war, nicht im Sinne des § 175 strafbar war. Ich will nicht darüber rechten, daß man bei diesen Unaufrichten die Öffentlichkeit ausgeschlossen hat. Man soll aber nicht den Ausgang dieses Prozesses zur Rechtfertigung eines Menschen benutzen, der sich doch tatsächlich in schwerster Weise gegen die Gesezte vergraben hat. (Beifall links.)

Die eigenartige Konfessionsstellung der Firma Krupp ist vorhanden, auch wenn sie bestritten wird. Auch ich habe von Gerüchten über die Gründe der Bevorzugung gehört. Nach dem Jahre 1871 ist der Firma Krupp von Staat und von preussischen Konfessionsämtern eine bestimmte Summe zur Verfügung gestellt worden. Nur soll zwar der staatliche Zuschuß zurückgezahlt sein, der Anteil des Konfessionsamtes soll aber noch als werbendes Kapital in der Firma stehen. Darauf soll nun zurückzuführen sein, daß eine Menge von Mitgliedern der Waffenprüfungskommission sich für gebunden erachtet, im Zweifel für und mindestens nicht gegen die Auftragserteilung an Krupp zu stimmen. (Hört, hört!) Gest heißt jedenfalls, daß eine Bevorzugung gewisser Firmen vorliegt. Wenn der Vertreter des Kriegsministeriums sagt, daß ein Monopol nicht bestünde und auch vermindert würde, so kommt es ganz darauf an, was man unter Monopol versteht. Es kann ja formal eine Konkurrenz zugelassen werden und tatsächlich doch ein Monopol bestehen.

Man soll künftig der Hamburger Rechtsanwältin Brandt vom Referatsoffizierskorps ausschließen werden sein, weil er in einer Stichwahl zur Wahl des Sozialdemokraten aufgeführt. Das kennzeichnet die ganze Referatsoffizierskommission.

Generalleutnant Sigt v. Armin:

Ich hatte die Absicht, noch einige Herren aus dem Hause sprechen zu lassen, aber dem Herrn Abg. Südekum möchte ich doch sofort entgegenen. Auf die Stellung des Militärkabinetts nochmals einzugehen, habe ich keinen Anlaß, nachdem ich mich bei der zweiten Lesung mit genügend Offenheit ausgesprochen habe. Auch auf die Verabschiedung der Grafen Lynar und Koblenz gehe ich nicht noch einmal ein. Was darüber zu sagen ist, habe ich gesagt. Es liegt auch nicht im Interesse der Deutschen Nation, daß immer wieder diese schmutzigen Wässer hervorgeholt wird. (Sehr richtig! rechts.)

Der Abg. Südekum hat hier von Beziehungen zu den deutschen Firmen gesprochen. Ich erkläre hier ausdrücklich, daß mir von Beziehungen des Konfessionsamtes zu der Firma Krupp nichts bekannt ist. Selbst wenn irgend welche Beziehungen bestehen sollten, könnte der Herr Abg. Südekum daraus nicht den Schluß ziehen, daß Offiziere, Mitglieder der Waffenprüfungskommission oder sonstige Stellen aus dieser Grunde sich beeinflussen lassen könnten zugunsten der Firma Krupp. Das weise ich als eine unbewiesene und

unbeweisbare Anschuldigung auf das entschiedenste zurück. Diese Offiziere tun ihre Pflicht nach ihrem besten Gewissen. Ich muß das als eine unbewiesene und ganz unbeweisbare Verleumdung zurückweisen. Wenn der Abg. Südekum sagt, das sind Gerüchte, ich weiß nicht, ob sie wahr sind, dann fehlt mir für die Verbreitung solcher Gerüchte in diesem hohen Hause der parlamentarische Ausdruck.

Vizepräsident Dr. Baasche:

Ich nehme an, daß der Ausdruck „Verleumdung“ sich auf die Gerüchte bezieht und sich nicht gegen den Abg. Südekum richtet.

Generalleutnant Sigt v. Armin:

bestätigt das. Der Abg. Südekum habe nur von Gerüchten gesprochen, und gegen diese Gerüchte richtete sich der Vorwurf der Verleumdung.

Abg. v. Terken (Kpt.):

Ich kann nur bedauern, daß Graf Lynar Pension bekommt, und daß Graf Lynar überhaupt die Pension haben konnte, eine Pension zu beantragen. (Sehr richtig! rechts.) Sein Abschied ist nicht erfolgt, weil er nicht mehr kriegstüchtig war, sondern aus anderen Gründen. Wenn man dann eine Pension beantragt, so ist das nicht vereinbar mit der Ehre eines Offiziers. (Beifall rechts.) Wenn der Hamburger Rechtsanwalt vom Referatsoffizierskorps ausgeschlossen worden ist, so ist ihm recht geschehen.

Abg. Kopf (frei. Sp.):

Die Konfessionen jüdischen Glaubens haben im Heere manche Unbilligkeiten zu erdulden. Jüdische Einjährige läßt man bewußt vom Offizierskorps fern. Dieser Vorhalt der Einjährigen jüdischen Glaubens ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Heeresverwaltung behauptet, die Wahl der Referatsoffiziere erfolge ganz unabhängig vom Referatsoffizierskorps. Dann ist es aber die Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß nicht verfassungswidrige Grundfälle bei dieser Wahl ausschlaggebend sind. Der Redner führt verschiedene Fälle in Berlin und Danzig an, wonach Regimentkommandeure aus ihrer amtlichen Stellung fern gehalten wurden. Der Redner weist auf den Fall des Sohnes des Justizrats Sieg in Breslau hin, der wegen seines Wandens zum Offizierskorps nicht zugelassen wurde, obwohl sein Vater früher selbst Offizier war. Es sei tief bedauerlich, daß die Zugehörigkeit zum jüdischen Glauben vom Offizierskorps ausschließe.

Abg. v. Gurlinski (Polz):

führt Beschwerde darüber, daß polnische Rekruten ihre Oberbeichte in deutscher Sprache ablegen müssen.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Keine Angaben über die Vergebung der „Militärpolitischen Korrespondenz“. Ich habe keinen Anlaß, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln. Es wird manches demontiert, was sich später doch als wahr herausstellt.

Generalleutnant Sigt v. Armin:

Detaillierte Angaben über die Vergebung von Lieferungen kann ich im Plenum nicht machen. Es wird bei der Vergebung so verfahren, wie das schon der Kriegsminister hier dargelegt hat.

Abg. Hasemann (natl.):

bittet, den Arbeitern der Erfurter Geschloßfabriken dieselbe Zulage zu geben, wie den Spandauer Arbeitern.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Herr v. Oldenburg hat uns eine heitere Viertelstunde bereitet. Er hat von Junkern gesprochen; es gibt darunter böse, arrogante und hartnackige. Herr v. Oldenburg gehört zu den letzteren. (Heiterkeit links.) Der Vertreter des Kriegsministeriums sollte sich doch den Abgeordneten gegenüber eines anderen Tones befleißigen. (Beifall links.) Er ist ein sehr schlechter Beobachter, wie jeder seiner Reden beweist. Der Ton in unserem Offizierskorps wird immer lächerlicher. Die Art und Weise zu reden, der näselnde Ton, sind ja schon in der ganzen Welt bekannt. Schlimm ist es aber, wenn schon die Unteroffiziere nachhaken, wie ihre Untertanen sich räuspert und spuckt. Der Redner führt Beispiele über Soldatennunhandlungen bei den Herbstübungen im Jahre 1906 in der Senne. Die gemeinsamen Schimpfworte seien von den Offizieren gebraucht worden. Der Kriegsminister stellen die Offiziere dies dann in Worte und behaupten, es seien nur ganz harmlose Bezeichnungen gebraucht worden, z. B.: „Blödsinniges Kanell“ (Heiterkeit). Es ist tief bedauerlich, wenn im Heere ein Ton sich breitmacht, der in Worten, wie „Blödsinniges Kanell“, „Zimmerlappen“, „Saubande“, solche Schmeicheleien heißt. Die Soldaten, die schon dem Verurteiltenstande angehören, werden dazu in schamloser Weise gepeinigt und überanstrengt.

Generalleutnant Sigt v. Armin:

Das Material des Abg. Kopf wird geprüft werden. Wenn der Ton meiner Ausführungen hier bemängelt worden ist, so muß ich erklären, daß ich mich im allgemeinen einer heitigen und ruhigen Ausdrucksweise zu befleißigen pflege. Kann man sich aber wundern, wenn einem Mann, der mit jeder Faser zur Arme gehört, bei einer gewissen Sorte von Angriffen das Blut in Wallung gerät? (Beifall rechts.) Ich möchte mich vor mir selber schämen, wenn es anders wäre. Die Nachrichten über die Vorfälle in der Senne sind maßlos übertrieben. Zwei Medaillente sind bereits deswegen bestrast worden. Es ist nur ein Todesfall vorgekommen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Anstrengungen bei dieser Übung sehr groß waren. Die Anstrengungen wurden nach gelingender Vorbereitung. Auch war ein großer Teil der Soldaten fähig, die weniger leistungsfähig sich zeigten. Große Anstrengungen sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Man sind bei dieser Übung allerdings sehr viel Mannschaften marode geworden. Es ist aber auch sofort ein allgemeiner Ersatz an die Arme ergangen, in dem darauf hingewiesen wurde, daß gerade bei Reservierungen die Mannschaften allmählich an schwere Strapazen gewöhnt werden sollen. Seiber haben einzelne Offiziere in der Tat zu Schimpfworten sich hinsetzen lassen. Das ist nicht zu billigen; aber es ist menschlich verständlich, wenn einmal in der Hitze des Gefechts ein harter Ausdruck fällt. Gegen diese Offiziere ist die Untersuchung eingeleitet worden. Es wird alles getan werden, um ähnliche Vorfälle zu verhindern. (Beifall.)

Abg. v. Treuenfeld (kons.):

bittet, die Kontrollplätze auf dem Lande näher zusammenzuliegen. Die Herren von der Linken sollen sich nicht zu weit von den guten Tönen machen. Ihnen habe das am wenigsten an. Der Ausschluß des Hamburger Rechtsanwalts aus dem Referatsoffizierskorps sei voll berechtigt. Es ist durchaus notwendig, daß jeder, der den bunten Rod trägt, auch treu zu Kaiser und Reich

hät. Weibel habe ja selbst zugegeben, daß die Sozialdemokratie die Krone und das Reich bekämpfe, daher könne kein Offizier für sie stimmen.

Abg. Werner (Reformp.)

bittet die Militärverwaltung, dafür zu sorgen, daß die gemeinen Unteroffiziere in Stillschickungen nicht zu lange diätarisch beschäftigt werden.

Abg. Lehmann (nl.)

fordert neue Garnisonen für den Weimarer Bezirk.

Abg. Gernse (frei, Sp.)

Der Vertreter des Kriegsministers hat auf die schweren Angriffe des Abg. Kopisch nur die Antwort gehabt, daß er das Material prüfen werde. Nun ist die Frage der Zurücksetzung der Juden im Heere gegenüber ihren christlichen Kameraden schon wiederholt im Hause und in der Budgetkommission behandelt worden. Die Regierung hatte also genügend Zeit, sich zu informieren. (Sehe richtig! links.) Wiederholt sind hier solche Klagen vorgebracht worden, es ist aber nichts geschehen, um sie abzustellen. In weiten Kreisen des deutschen Volkes ist darüber eine gewisse Besorgnis entstanden, weil der Grundgedanke des gleichen Rechts für alle dauernd verlegt wird. (Sehe richtig! links.)

Abg. Jubell (Soz.)

bispricht einen Fall von Soldatenmishandlung.

Abg. Scheibemann (Soz.)

Wenn man gegen einen Referatsoffizier vorgeht, weil er erzählt, man solle lieber einen Sozialdemokraten wählen als einen rechtschaffenen Antisemiten, nun so lasse man doch die Sozialdemokraten überhaupt aus der Krone heraus; damit wären wir ganz einverstanden. Wenn sich ein Offizier gegen einen Gemeinen vorgeht, dann erhält er mildernde Umstände. Ich frage den Vertreter des Kriegsministers, ob er auch einem Gemeinen mildernde Umstände zubilligen will, wenn dieser als Antwort dem Offizier um die Ohren schlägt.

Abg. Findeisen (Reformp.)

Es ist nicht wahr, daß die Juden schlechter in der Krone behandelt werden. Das deutsche Volk ist von Haus aus kriegsbereit, das jüdische nicht. Die Juden sind viel wohlhabender, besitzen höhere Ämter, das Verhältnis ihrer Einjährigen zu den Gemeinen ist ein härteres. Es würde also keine Gleichberechtigung, sondern Bevorzugung sein. (Sehe richtig! links.) Auf Rassen und Volkstum kommt es an, nicht auf Religion und Konfession. (Sehe richtig! links.) Wir sind für das Volk und verlangen, daß die, die das Heer führen, der indogermanischen Rasse angehören. (Sehe richtig! links.) Wir verlangen von dem Offizier, daß er die fremden Elemente der Krone nicht innerlich seiner vier Wände vom Leibe hält. Nur dann haben wir Vertrauen zu unserem Offizierskorps, wenn wir wissen, daß es von deutschen Müttern ist. Der Jude hat anderes Blut in seinen Adern. (Sehe richtig! links.)

Abg. Kopisch (frei, Sp.)

Was wir verurteilen ist, wenn ein Referatsoffizier wegen seiner politischen Gesinnung gemahnt wird. Sollte das Urteil im Fall des Dr. Pröbner endgültig sein, so werden wir Gelegenheit nehmen, auf diesen Fall des Käfers später einzugehen. So lange aber die Verhandlung schwebt, läßt sich über die Angelegenheit hier nicht eingehend sprechen. Ich verweise den Dank des Hauses, wenn ich in Bezug auf Herrn Findeisen lediglich das eine festhalten darf, daß die Antisemitismus dieses Herrn hat in diesem Hause keine Zustimmung, aber die lebhafteste Heiterkeit im ganzen Hause hervorgerufen. (Zustimmung links.)

Generalkommandant Sgt. v. Armin

Auf die Frage der jüdischen Einjährigen eingegangen, halte ich für überflüssig, nachdem ich bei der zweiten Etats-Lesung dazu Stellung genommen habe und weil nach den Verfügungen des Kriegsministers die Heeresverwaltung keine andere Stellung einnehmen kann, da sie auf dem Boden des Gesetzes stehen muß. Ob ein Offizier mildernde Umstände verdient, kommt auf die Lage des Falles an. Wenn ein Soldat dem Offizier um die Ohren schlägt, so kann ich Herrn Scheibemann versichern, daß ich nicht geneigt sein werde, mildernde Umstände zuzuerkennen. (Sehe richtig! links.)

Die Ausprüche schließt.

Abg. Findeisen (Reformp., persönlich)

Ich halte fest, daß die, die vorher gelacht haben, von den National Liberalen bis zur äußersten Linken sind, daß aber, als Herr Kopisch seine Verbeugung vor dem internationalen Judentum gemacht hat — — (Die Glocke des Präsidenten erklingt den Rest der persönlichen Bemerkung.)

Der Antrag Liebermann v. Sonnenberg wird zur Abstimmung gestellt. Es wird ein Hauweispung erforderlich. Dieser ergibt 94 Stimmen für, 118 gegen den Antrag.

frag, es fehlen danach zwei Stimmen an der Beschlussfähigkeit. Die Sitzung wird abgebrochen. Nächste Sitzung nach 15 Minuten.

Zweite Sitzung.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 50 Minuten.

Die Abstimmung wird, da die Beschlussfähigkeit zurzeit noch zweifelhaft ist, auf 5 Uhr anberaumt.

Abg. Köhler (Soz.)

führt Klage über angebliche Mißstände bei den Straßburger Militärinstituten.

Abg. Dr. Feder (Nln, Zentr.)

tritt für Besserstellung der Batteriegeschütze und anderer Beamtenkategorien ein.

Abg. Giesberts (Zentr.)

regt eine Revision der Strafbestimmungen für Vergehen im Kriege an. Wegen geringfügiger Taten seien Militärkriege außerordentlich schwer bestraft worden.

General Linde

Vergehen im Kriege müssen hart bestraft werden. Wir werden aber gern mildere Vergehen der Gnade des Kaisers empfehlen. Damit ist der Militärkriege erledigt, ebenso der des Reichsmilitärgerichts, bis auf die ausgelegte Abstimmung. Am Ende des Bundesrats hat sich Staatssekretär von Tschir mit zahlreichen Kommissaren eingeschrieben. Er zieht aber jegliche wieder läßt verhängt haben, da der Marinestab ohne jede Diskussion erledigt wird.

Es folgt die Beratung des Justizetats.

Abg. Bestermann (natl.)

weist auf die verschiedenen Mißstände auf dem Gebiete des Strafrechts und des Strafvollzuges hin. Der Strafvollzug sollte reichsrechtlich geregelt werden. Die Bestimmungen über das zurechnungsfähige Verbrechen gegen Reichsanwälte seien reformbedürftig. Der Redner kommt auf seine Ausführungen aus der zweiten Lesung über die Strafrechtsreform für Jugendliche zurück. Sie muß durchaus umgestaltet werden. Kinder unter 14 Jahren gehören nicht vor den Strafrichter. Die Frage der Jugendgerichtshöfe ist spruchreif. Es ist die Vermutung laut geworden, daß wieder Brechen daran schuld ist, daß wir zu keinen Justizreformen kommen. Das wäre bedauerlich. Wie sieht es mit der Reform der Strafprozedur aus? Hoffentlich wird der Entwurf auch der öffentlichen Kritik unterbreitet werden.

Staatssekretär Dr. Niederberg

Seine Ausführung aus der zweiten Lesung, daß eine Steigerung der Kriminalität der Jugendlichen nicht eingetreten sei, ist vielfach angegriffen worden. Ich halte sie aber vollständig aufrecht. Von 1889 bis 1899 war eine erhebliche, zum Teil sehr auffällige Steigerung zu bemerken, aber in den letzten 10 Jahren ist keine Steigerung eingetreten. Die Kriminalität ist im selben Prozentsatz zurückgefallen.

Ich habe im Februar erklärt, daß das Reichsoberhaupt den Entwurf einer Strafprozedur abgelehnt hat und er der Vorprüfung der preussischen Staatsregierung unterliegt. In der Vorprüfung ist diese Bemerkung beanstandet worden, weil dadurch der preussischen Staatsregierung eine Stellung eingeräumt werde, die ihr nach der Verfassung nicht zustehe. Das ist durchaus unrichtig. So ist stets verfahren. Nach der Verfassung ist nicht die Reichsverwaltung, sondern nur die Bundesregierungen sind in der Lage, gesetzgeberische Vorschläge an den Bundesrat zu richten. Ich weiß nicht, wie weit die preussische Regierung mit dieser Stellung zurzeit gebunden ist; das ist ein Internum der preussischen Verwaltung. Ich habe aber keine Veranlassung, anzunehmen, daß die Prüfung irgend eine in der Sache nicht begründete Verzögerung erfahren habe. Ich nehme wie im Februar an, daß es möglich sein wird, im nächsten Winter mit der Strafprozedur an den Reichstag zu kommen. Der Reichstagler hat allen Grund, die Arbeiten zum Abschluß zu beschleunigen. Der Entwurf wird auch der Öffentlichkeit unterbreitet werden; ein Entwurf von so großer Bedeutung würde schmerzhaft geheim gehalten werden können. Eine feste Zusage kann ich nicht erteilen, aber was an mir liegt, wird geschehen, daß auch dieser Entwurf wie alle anderen aus dem Justizdienst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Es wird jetzt die Abstimmung wiederholt, die vorher zur Feststellung der Beschlussfähigkeit des Hauses geführt hat. Was diesmal wird ein Hauweispung notwendig. Das Haus ist beschlussfähig. Der Antrag

Liebermann wird mit 132 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

Abg. Köhler (Soz.)

verlangt entsprechend seiner Resolution eine Reform der Vorverfahren über Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug in Bezug auf jugendliche Personen.

Abg. Dr. Müller (Weinigen, frei, Sp.)

erwidert auf die Angriffe Koerens vom 25. Februar. Die Krone darin einzig, daß die bestehenden Gesetze nicht immer genügend angewendet werden, und anheimend auch darin, daß eine lex Heinze nicht erforderlich ist. In der letzten Zeit ist eine Verschärfung eingetreten durch die tendenziöse Dege eines Teils der Preussischen Presse gegen das Verfahren des Landgerichts I München, dem ich angehöre, und des Schwurgerichts München in derartigen Prozessen. Herr Koeren will keine Anklagenverhandlung, ich will gute und gegenseitige Verständigung. Eine gewisse Presse erklärt vor aller Welt, Deutschland marschiere an der Spitze der Pornographie! Kein, Deutschland leistet Bewundernswertes auf jedem Gebiete graphischer Kunst, auch der Popularisierung der Kunst, und es wäre nur zu wünschen, daß sie mit Hilfe von Gemeinde, Staat und Reich auch demokratisiert würde. (Sehe richtig! rechts.) Daß da auch Sämann unterläuft, ist natürlich. Aber bei der Frage der Sittlichkeit kommt doch nicht der Produktionsort in Betracht, sondern der Herstellungsort, und die Hersteller sitzen in den romanischen Staaten, in Ostpreußen, in Südamerika, lauter sehr fromme Gegenden. (Hört, hört! links.) Lauter Gegenden, die vom Alexandernden beherzigt sind (Nurbe im Zentrum, in denen neben dem gemächlichen Notenschildern sehr oft auch Heiligenbilder ruhen. (Nurbe im Zentrum.) Sie legen großes Gewicht auf Staatsmacht, Strafrichter und Wendern und auf formale Kränklichkeit usw. Schlußgottesdienst nach dem berühmten Satz: Natur ist Sünde! Ebenso notwendig wie ein Verein zur Hebung der Sittlichkeit, wäre ein Verein zur Bekämpfung der Verbauung deutscher Klaffen. (Sehe richtig! links.) Aber wenn wir das vorführen, dann erklärt Herr Koeren, daß es abgelehnt; auch er wolle Freiheit der Kunst. Das verheißt ich nicht. Bei uns in Süddeutschland nennt man das schon die Schmitz-Freiheit. Ich habe es nicht sehr häufig, daß er einen Verleumdung, nämlich den Dichter Müller von der Herrs verhöhnt hat. (Heiterkeit, Hört! Hört!) Sie lachen, weil Sie ihn nicht kennen. Er hat wegen seiner Verdienste um das Volkstüm das Ehrenbürgerrecht der Universität Jena erhalten, eine Ehre, die Herr Koeren niemals widerfahren wird. (Heiterkeit.) Ich habe hier einen Brief von seinem Sohn, der sich in bester Entfaltung über die Unbill äußert, die seinem verstorbenen Vater angetan ist. (Hört, Hört!) Ich habe ihn ja nur mit Ihnen verglichen! (Große Heiterkeit.) Sie scheinen nicht zu verstehen, daß ich an Ihren persönlichen Standpunkt appelliere, weil Sie einen Verleumdung verhöhnt haben. Den Vergleich ziehe ich zurück, denn ich bin kein derartiger Dichter. (Heitere Zustimmung.) Kein Gebicht vom „nationalen Sämann“ ist ja hier bereits dreimal zum Vortrag gekommen; bei keinem Publikum wurde ich Herrn Koeren auch die irdigen Strapazen bedingten. Ich wollte mich von Herrn Koeren auch mit einem Anklagenverhandlung verabschieden. (Heiterkeit.) (Hört, Hört!) Natürlich selbst gebietet! (Große Heiterkeit.) Ich unterlasse es aber. (Rufe des Bedauerns.) Die „Königliche Volksgesundheit“ und eine andere gewisse Preise würde sonst sagen, daß der Müller-Weinigen in seiner wahrhaftigen Eitelkeit sogar um den Volkshilfspreis sich bewirbt. (Heiterkeit.) Da will ich zu dem Bienen, was ich in der letzten Zeit ja sonst verzeihen mußte, nicht noch auch in dieser Beziehung in Mitleidenschaft kommen. Ich will mich daher von Herrn Koeren verabschieden mit den Worten eines wirklichen Dichters, und zwar eines ganz großen Dichters; bei seinen großen literarischen Kenntnissen wird Herr Koeren ja wissen, was es ist.

Wir haben die Klage auf Beschluss gemacht.

Die Klage!

Wir haben die Klage in die Posten gebracht.

Die Klage!

Wir laden dich aus!

Nun mach dich bereit!

Ade!

Und red' ich dawider, so wird das den Klagen

Nur verflümmern!

Soll mein liebliches Leben im nächsten

Katze verflümmern!

Schon bin ich heraus!

Ich mach' mir nichts draus!

Ade!

(Große Heiterkeit.) Hierauf vertagt sich das Haus zu einer Abendung auf 8 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Stottern and anbert Spendenreden werden gestellt. Anerkannt Spenthol... Kaiserlichen Rat. Anstammungen von Professoren der Kaiserlichen Straßburg und auswärtigen Universitäten. — Verhandlungen zu einem Gelehrtenkongress Sonntag, 5. April, nur von 11 bis 2 Uhr, im Hotel Windsor, D 5, 9-11 Heidelbergerstrasse Mannheim

Flaschen- und Syphon-Bierversandt D 5, 4 Heh. Hummel * Weinberg D 5, 4 Empfehle meine als anerkannt erstklassigen Biere wie: Dortmunder Union Pilsener (einziger Ersatz für echtes Pilsener), Münchener Löwenbräu, Kulmbacher Mönchshofbräu, Sinner Tafel- und Lager-Biere. Preislisten stehen zur Verfügung. Lieferung franko Haus. 7283 Telephon 1665.

ADLER Das beste Fahrrad! „Wunderbar“ leichter Lauf. Viele hübsche Auszeichnungen. Grand Prix: Internationale Ausstellung Mailand 1906. Die feinste Marke! „Grösste“ Verbreitung, Staatsmedaillen etc. P. & H. Edelmann D 4, 2 Tel. 1416 D 4, 2

Nicolaus Freff Spezial-Geschäft f. fein. Molkerei-Erzeugnisse. Beste und reichste Bezugsquelle! Unter ca. 40 Sorten Käse Auswahl Hochfeine Tafelbutter 7831 Mur P 2, 6, keine Filiale. Lindenhof-Stadt.

Franz Modes, Paradeplatz, D 1, 4, Fernsprecher 2465, empfiehlt: Miesmer's Thee Der beliebteste und verbreitetste 100 gr. Packete (sog. Broderpackete) 45-125 Hfg. 6774

Landau (Pfalz) Höhere Handelsschule: (Städt. anbr., unter Staatsaufsicht stehend.) Beginn des Sommersemesters: 27. April 1901. I. Jahrgangsklassen zur Aufnahme von Jünglingen von 15-18 Jahren; II. Jahrgangsklassen zur Aufnahme von Jünglingen von 16-18 Jahren; III. Jahrgangsklassen zur Aufnahme von Jünglingen von 18-20 Jahren; Ausbildung zur kaufmänn. Praxis und Selbstständigkeit; Schul- und Pensionatsräume in imposantem Neubau; Gute Verpflegung und gewissenhafte Beaufsichtigung; Ausführliche Prospekte durch den Direktor A. Harr.

Plissébrennerei Luise Evelt Ww., E 2, 14, Nähe der Planken. 7713 Unterrecht in Steinographie, Malchinschreiben, Buchführung etc. Friedrich Burekhardt, 0 5, 8.

Neu vergolden von Rahmen bleichen u. reinigen aller Kupferstücke besorgt prompt und billigst 78216 Clotilde Gutmacher, D 1, 1. Bildereinarbeitungs-Geschäft u. Kunsthandlung. Telephon 5655.

Gemeinnütziger Verein Jungbusch Neckarspitze Die auf heute abend einberufene Protestversammlung findet infolge Ablebens des Herrn Oberbürgermeister Dr. Beck nicht statt.

Bernauer & Co. Inhaber: Herm. Klusmann jr. liefern sämtliche Sorten Ruhrkohlen, Koks, Brikets in nur erstklassigen Marken zu billigsten Tagespreisen. Kontor: Jungbuschstrasse 11. Telephon 631.

Wechsel-Formulare Dr. S. Baas'sche Buchdruckerei G. m. b. H.

Haasenstein & Vogler A.G.
Anzeigen-Annahme für alle Zeitungen & Zeitschriften der Welt.
Mannheim P. 21.

Fabrik-Terrain ex. 5000 l.
Wälder mit Wohnanlagel. ev. auch teilw. überbaut. Holz- & Stein. zu kaufen gesucht. Neugierige Angebote mit Angabe der Lage u. des Ausmaßes an Z. 1591 an Haasenstein & Vogler A.G., Mannheim. 3534

junger Techniker
selbständ. in Ausarbeitung von Wertpapieren u. Berechnung von Eisenkonstruktion für Hochbau. Ent. u. Ang. v. Bauwesen. Gehaltsantrag. 1000. Gehalt ab D. 457 an Haasenstein & Vogler A.G., Mannheim. 4173

500 Mark
wegen Eisertheit u. hohen Gewinnanteil für kurze Zeit gesucht. Off. unter Z. 4700 an Haasenstein & Vogler A.G., Mannheim. 4180

RUDOLF MOSSE
Kleinanzeigen-Annahme, alle Zeitungen.

Etenolypitium gesucht!
Ein bedeutendes Werk in Frankfurt a. M. 7392

sucht
eine tüchtige Dame, welche Kost-Verwaltung u. die Schreibe-maschine bedient. Nur Bewerberinnen, welche über beste Empfehlungen verfügen, können Berücksichtigung werden. Off. Offerten mit Gehaltsangabe an F. Z. H. 177 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. 7392.

Feuer-Versicherung.
Hochangesehene deutsche Versicherungs-Gesellschaft sucht für Mannheim noch einige tüchtige Vertreter-Agenten und Repräsentanten unter vorteilhaftesten Bedingungen zu engagieren. Bewerber aus allen Ständen wollen ihre Offerten unter A 438 FM. durch Rudolf Mosse, Mannheim einreichen. 7555

Laden
vom Wasserthurm bis zur Post (Postseite) in der Breitschlag von Nr. 1600-24 früher oder später zu mieten gesucht. Off. Offert. unter H 453 F. M. an Rudolf Mosse Mannheim. 7583

Stellen finden.
Gesucht
für das hiesige Kreisgericht (Schlichter-Deputationsangelegenheiten)

Maschinenmeister
selbständig arbeiten im Bereich von Dampfmaschinen, sowie in der Ausbesserung von Leistungsmaschinen und Dampfmaschinen (Haupt- u. Neb.) Gehalt 1200 bis 1500 bei guter Wohnung, Heizung und Pensionierung. Selbstgezeichnete Offerte mit Zeugnisabschriften sofort an Großh. Bürgermeisterei Ober-Ramstadt in Hessen. 5078

Tüchtiger Lagerist
für Glas, Porzellan und Emaille mit guten Empfehlungen sofort gesucht. Nur branchenübliche Bewerber werden berücksichtigt. H. Beer, S 1, 8

Lehrlingsgesuche
Stifenlehrling gesucht.
Ludwig Off. S 6, 39. 59108

Lehrling
mit guter Schulbildung gel. für Eisenwaren u. Metallwaren-Geschäft. Kost und Logis im Ganzen 1000 unter H. 4537 an die Expedition S. 21.

Todes-Anzeige.

Gestern abend 10 Uhr verschied plötzlich an einem Herzschlag unser innigstgeliebter Gatte, Vater, Schwiegervater und Grossvater

Herr Oberbürgermeister Dr. Otto Beck

im 62. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Mannheim, den 31. März 1908.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 2. April, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Blumenspenden dankend verboten.

(Statt besonderer Anzeige.)

Modell-Ausstellung

von Kunstwerken der modernen Fußbegleitung.

Marke „Fortschritt“

Der „Clou“ der Berliner Schuh-Ausstellung.
Husgelegt in meinem Schaufenster D 2, 7.



78480

B. TRAUB.

Lehrmädchen
Lehrmädchen gesucht. R. Wanger-Dito, H 7, 25. Damenlohnbeim. 5064

Wirtschaften
Gutgehende Wirtschaft in der Nähe von Mannheim zu vermieten. Näheres 50514 H 6, 11.

Magazine
Magazinstreife 74, ger. best. u. geräumige Räume im Zentrum mit Wasser, Gas u. elektr. Anlagen. geeignet für Werkstätte, Magazin oder Kaffeehaus. von 1. Juli an o. 1. Okt. 1908 an Z. 1591 an Haasenstein & Vogler A.G., Mannheim. 3534

2 Lagerräume
400 qm fast u. trocken, 1 verm. 1000. 50510

Ein großes Magazin
mit breiter Ladenfront groß geräumige Keller dazu. 50510

Großer Lagerkeller
mit eingestrichl. Wd., mit Nebenräume, verleiht an Verleiher. 50510

Zu vermieten
C 4, 6 im 1. Stock, 6 Zim., Küche, Bad, 1. April zu vermieten. Zu vermieten eine Treppe, nachmittags zwischen 1-3 Uhr. 50526

D 4, 11
Boden, 2 Zim. und Küche, Bad, 1. April zu vermieten. Näheres 50514 H 6, 11.

F 4, 17, 4
Stod. (Küche) 2 Zim. u. Küche mit alle. Näheres per 1. Juli zu verm. Näheres beim Hausverwalter D. Schmidt, im 2. Stod. 50557

G 5, 17b
2. Stod. Weberh. 4 Zimmer u. Küche, auch ob. o. d. 1. verm. 50526

Neubau H 2, 5
Wohnung von 5 oder 4 Zim., Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, auch ob. oder unter zu vermieten. Näheres beim Hausverwalter 50557

H 6, 10
4 Zimmer u. Küche per 1. April verm. 50526

J 9, 3
Eisenbau 2 Zimmer u. Küche zu verm. 19000

L 13, 14
11. Stod. best. u. ger. 4 Zim., Küche, Bad, 1. April zu verm. 50557

L 14, 8
neue, geräumige 7 Zimmer, Wohnz. mit Kamin im 2. Stod. an ruhige Leute per 1. April oder später zu vermieten. Näheres porters. 50562

L 15, 15 (Kaiserling)
2. Stod. 6 Zimmer mit allen Zubeh. per 1. April u. 1. Juli zu verm. 50557

Möbl. Zimmer.
Schlossrecht Flügel
Stallbau Zimmer 3 gut möbl. zu vermieten. 50489

A 3, 3
pt. Salon u. Schlafz. Zimmer eleg. möbl. in einem in. Haus u. o. 50519

B 2, 7
2 Z. (Küche) gut möbl. 2. u. 3. o. 50519

B 2, 10
möbl. 2 Zim., ein Bad, ein Sim. für 12 Pers. zu verm. 50519

B 4, 16
fein möbl. 2 Zim. zu vermieten. 50523

B 5, 8
2 Z. schön möbl. großes Zimmer an ruhigen Leuten per 1. April zu verm. 50503

B 5, 12
3 Z. u. 1. o. 50519

B 6, 7
2 Z. u. 1. o. 50519

B 6, 21
gut möbl. 2 Z. u. 1. o. 50519

B 7, 15
1 Z. schön u. eleg. möbl. 1. o. 50519

C 2, 7
einmal möbl. Zimmer sofort zu verm. 50519

C 2, 15
möbliertes Zimmer per 1. April zu verm. in verm. 50519

C 4, 13
2. Stod. 2 Zim., Küche, Bad, 1. April zu verm. 50519

C 7, 11
2 Z. u. 1. o. 50519

C 7, 12
Küche, ein gut möbl. Zimmer an 1. April zu verm. 50519

D 1, 3
2 Z. am Kaiserling, schön möbl. 1. o. 50519

D 3, 13
möbl. Zimmer sofort zu verm. 50519

D 1, 4
2. Stod. sehr schön eleg. möbl. Zimmer u. Bad, u. 1. o. 50519

D 2, 1, 3 Treppen
Schönes Zimmer mit Früh für 25 Mark sofort zu vermieten. 50454

D 3, 2
1 Z. gut möbl. Zimmer zu verm. 50440

D 3, 4
2 möbl. Zimmer, ein Bad u. 1. o. 50451

D 6, 4
gut möbl. Zimmer mit guter Pension zu verm. 50559

E 3, 1a 1 Treppe
Ein gut möbliertes Zimmer mit voller Pension an einen jüngeren Herrn sofort zu vermieten. 50456

E 3, 1a
2 Z. u. 1. o. 50444

E 3, 11
möbliertes Zimmer für 15 Mark zu vermieten. 50515

E 5, 1
2 Z. u. 1. o. 50456

E 6, 8
möbl. 2 Z. u. 1. o. 50456

F 3, 7
2. Stod. möbl. 3 Zimmer u. 1. o. 50523

F 3, 10
ein möbl. Zimmer an 1. April zu verm. 50519

F 4, 18
möbl. 2 Zim. u. 1. o. 50456

G 2, 19
2 Z. u. 1. o. 50456

G 3, 20
2 Z. u. 1. o. 50456

G 4, 14
2 Z. u. 1. o. 50456

G 7, 8
2 Z. u. 1. o. 50456

G 7, 87
2 Z. u. 1. o. 50456

G 7, 26
2. Stod. (Küche) gut möbl. Zimmer, mit 2 Zimmern, mit 2 Zimmern, an 1. April zu verm. 50519

H 7, 25
2 Z. u. 1. o. 50511

H 7, 36
2 Z. u. 1. o. 50511

J 2, 87
2 Z. u. 1. o. 50511

J 7, 28
2 Z. u. 1. o. 50511

J 3, 17
2 Z. u. 1. o. 50511

K 1, 22
2 Z. u. 1. o. 50511

K 2, 26
2 Z. u. 1. o. 50511

K 4, 12
2 Z. u. 1. o. 50511

L 2, 4
2 Z. u. 1. o. 50511

L 4, 8
2 Z. u. 1. o. 50511

L 6, 7
2 Z. u. 1. o. 50511

L 12, 8
2 Z. u. 1. o. 50511

L 15, 19
2 Z. u. 1. o. 50511

M 2, 10
2 Z. u. 1. o. 50511

M 4, 12
2 Z. u. 1. o. 50511

M 5, 2
2 Z. u. 1. o. 50511

N 2, 9a
2 Z. u. 1. o. 50511

N 4, 1
2 Z. u. 1. o. 50511

N 6, 6a
2 Z. u. 1. o. 50511

O 4, 13, 12
2 Z. u. 1. o. 50511

O 4, 13, 11
2 Z. u. 1. o. 50511

O 4, 13
2 Z. u. 1. o. 50511

O 4, 13
2 Z. u. 1. o. 50511

O 5, 18
2 Z. u. 1. o. 50511

O 7, 4
2 Z. u. 1. o. 50511

O 7, 21
2 Z. u. 1. o. 50511

O 7, 29
2 Z. u. 1. o. 50511

P 3, 4
2 Z. u. 1. o. 50511

P 4, 7
2 Z. u. 1. o. 50511

Q 2, 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Q 4, 4
1 Z. möbl. Zimmer an best. Herrn sofort zu verm. 50514

Q 4, 21
2 Z. möbl. Zimmer zu verm. 50514

Q 5, 67
mit 2 Betten zu vermieten. 19026

Q 5, 12
2 Z. u. 1. o. 50511

Q 7, 13
2 Z. u. 1. o. 50511

R 3, 10
2 Z. u. 1. o. 50511

R 7, 11
2 Z. u. 1. o. 50511

S 2, 3
2 Z. u. 1. o. 50511

S 3, 6b
2 Z. u. 1. o. 50511

S 4, 20
2 Z. u. 1. o. 50511

S 6, 18
2 Z. u. 1. o. 50511

T 2, 8
2 Z. u. 1. o. 50511

T 5, 18
2 Z. u. 1. o. 50511

T 6, 24
2 Z. u. 1. o. 50511

U 4, 11
2 Z. u. 1. o. 50511

U 4, 19
2 Z. u. 1. o. 50511

U 5, 27
2 Z. u. 1. o. 50511

U 6, 2
2 Z. u. 1. o. 50511

U 6, 8
2 Z. u. 1. o. 50511

U 6, 19
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 23, 2
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 25
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 3
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 13
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 19
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 19
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

Vogartenstr. 22
2 Z. u. 1. o. 50511

